Gemeinde Haselau

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 0341/2021/HAS/BV

Fachbereich:	Bauen und Liegenschaften	Datum:	09.11.2021
Bearbeiter:	Jan-Christian Wiese	AZ:	

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Gemeindevertretung Haselau	30.11.2021	öffentlich

3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 8 B für das Gebiet Achtern Schranken / Deichstraße; hier: Aufstellungsbeschluss

Sachverhalt und Stellungnahme der Verwaltung:
Im Bauausschuss wurde über die Nachverdichtung im Bereich Achtern Schranken / Hohenhorster Chaussee diskutiert. Eine Nachverdichtung wäre möglich, wenn einige Festsetzungen des rechtskräftigen Bebauungsplanes Nr. 8 B geändert werden. Dieser Bebauungsplan sieht u.a. auf diversen Flächen großzügige Flächen ausschließlich für Stellplätze und Carports vor. Diese Flächen können für die Bebauung mit Wohnhäusern genutzt werden. Hierfür ist jedoch die Änderung des Bebauungsplanes erforderlich.

Einer der Flächeneigentümer kam mit diesem Ansinnen auf den Bürgermeister zu. Dieser Flächeneigentümer müsste an den Kosten der Änderung des Bebauungsplanes beteiligt werden.

Zunächst ist grundsätzlich zu klären, ob die Gemeinde den Bebauungsplan Nr. 8 B ändern möchte.

Finanzierung:
Die Kosten des Verfahrens sind durch den Vorhabenträger zu übernehmen. Es ist ein entsprechender Kostenübernahmevertrag zu schließen.

Fördermittel durch Dritte:
entfällt

Beschlussvorschlag:
Die Gemeindevertretung beschließt, den Bebauungsplan Nr. 8 B für das Gebiet Ach-

tern Schranken / Deichstraße zu ändern. Als Planungsziel wird eine Nachverdichtung verfolgt.

Die 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 8 B ist im beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB aufzustellen. Von einer Umweltprüfung wird abgesehen.

_____
Peter Bröker
(Bürgermeister)

Anlagen: Auszug aus dem Bebauungsplan Nr. 8 B

Auszug aus dem Bebauungsplan Nr. 8 B

Rot markierte Flächen sind nur für Stellplätze und Carports vorgesehen.

Gemeinde Haselau

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 0340/2021/HAS/BV

Fachbereich:	Bauen und Liegenschaften	Datum:	20.10.2021
Bearbeiter:	Jan-Christian Wiese	AZ:	

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Bau-, Wege- und Planungsausschuss Haselau	04.11.2021	öffentlich
Gemeindevertretung Haselau	30.11.2021	öffentlich

5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 3 für das Gebiet Kreuzdeich; hier: Satzungsbeschluss

Sachverhalt und Stellungnahme der Verwaltung:
Die Gemeinde stellt derzeit die 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 3 für ein Gebiet südlich der Straße Kreuzdeich auf. Hierzu wurde im Rahmen der Gemeindevertretersitzung vom 01.06.2021 der Entwurfs- und Auslegungsbeschluss gefasst. Die Gemeinde verfolgt das Ziel einer Nachverdichtung entlang des Kreuzdeiches. Es sollen innerhalb des Plangeltungsbereiches weitere Wohnbaugrundstücke realisiert werden.

Die Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange sowie der sonstigen Behörden fand vom 22.07.2021 bis zum 23.08.2021 statt. Im Rahmen der Beteiligung wurden keine privaten Stellungnahmen abgegeben. Alle Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange sowie der sonstigen Behörden sind in der beigefügten Übersicht dargestellt.
Aus der Übersicht ist ersichtlich, dass es keine gravierenden negativen Stellungnahmen gibt. Insgesamt geben die eingegangenen Stellungnahmen keinen Anlass für eine Änderung des Entwurfes des Bebauungsplanes, so dass der Satzungsbeschluss gefasst werden kann.

Finanzierung:
Die Kosten des Verfahrens werden durch den Grundstückseigentümer getragen.

Fördermittel durch Dritte:
entfällt

Beschlussvorschlag:
Der Bau-, Wege- und Planungsausschuss empfiehlt / Die Gemeindevertretung beschließt:

1. Die während der öffentlichen Auslegung des Entwurfs der 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 3 für das Gebiet südlich Kreuzdeich abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange hat die Gemeindevertretung mit folgendem Ergebnis geprüft: Die Stellungnahmen werden gemäß des Abwägungsvorschlages berücksichtigt / nicht berücksichtigt / mit folgenden Änderungen berücksichtigt.

2. Das Stadtplanungsbüro Olaf aus Wester-Ohrstedt wird beauftragt, diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

3. Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches sowie nach § 84 der Landesbauordnung beschließt die Gemeindevertretung die 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 3 für das Gebiet südlich Kreuzdeich, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), als Satzung.

4. Die Begründung wird gebilligt.

Der Beschluss des Bebauungsplanes durch die Gemeindevertretung ist nach § 10 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist anzugeben, wo der Plan mit Begründung und zusammenfassender Erklärung während der Sprechstunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann. Zusätzlich ist in der Bekanntmachung anzugeben, dass der rechtskräftige Bebauungsplan und die zusammenfassende Erklärung ins Internet unter der Adresse „www.amt-gums.de“ eingestellt ist und über den Digitalen Atlas Nord des Landes Schleswig-Holstein zugänglich ist.

_____
Peter Bröker
(Bürgermeister)

Anlagen: - Anlage 1: 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 5 „südlich Kreuzdeich“
- Anlage 2: Begründung der 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 5
- Anlage 3: Abwägungstabelle

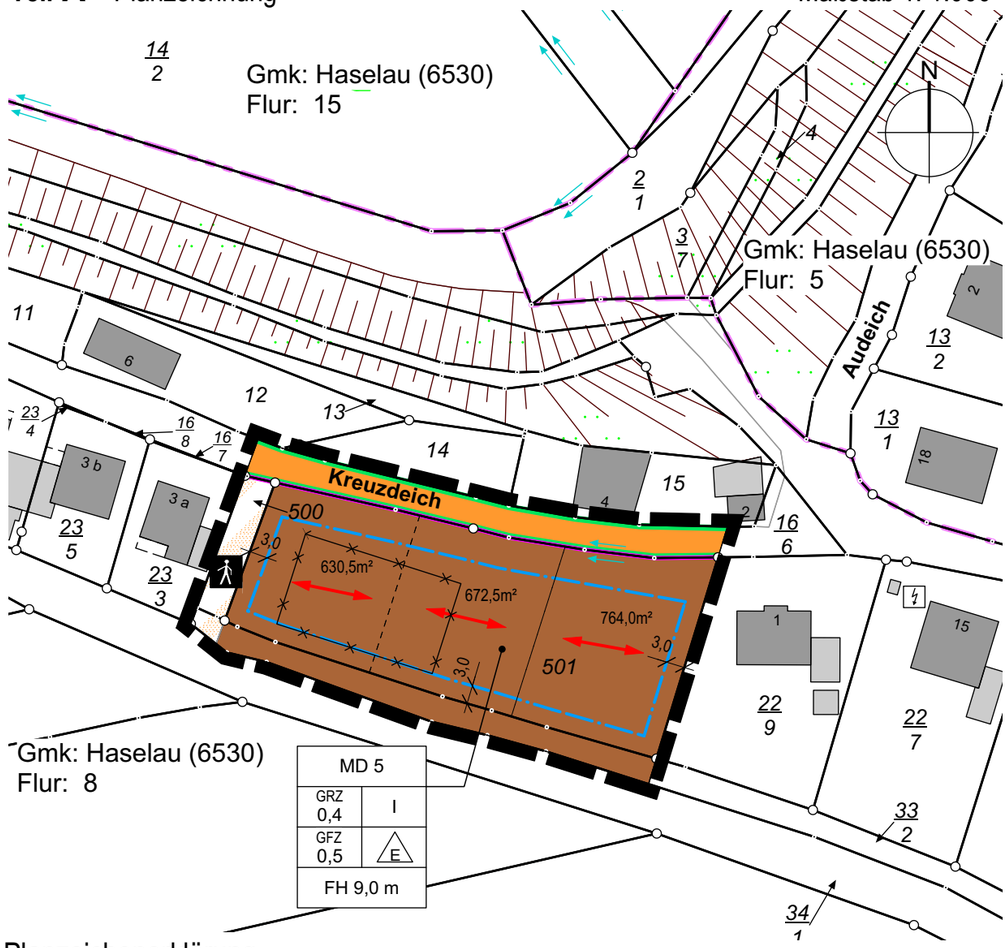
Satzung der Gemeinde Haselau gemäß § 13a BauGB über die 5. Änderung des Bebauungsplans Nr. 3

TOP Ö 7

Präambel: Aufgrund des § 10, i.V.m §13a des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634),zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 8. August 2020 (BGBl I S. 1728) sowie nach § 84 der Landesbauordnung, wird durch die Beschlussfassung der Gemeindevertretung vom ..... folgende Satzung der Gemeinde Haselau über die 5. Änderung des Bebauungsplans Nr. 3, für das Gebiet südlich der Straße "Kreuzdeich", umfassend die Flurstücke 500 + 501 sowie teilw. 16/6 und 33/2 der Flur 8 der Gemarkung Haselau, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), erlassen:

Teil A - Planzeichnung

Maßstab 1: 1.000



Planzeichenerklärung

Es gilt die Planzeichenverordnung vom 18.12.1990 (PlanzV 90), geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 4. Mai 2017 (BGBl. I S 1057).

I. Festsetzungen

Art der baulichen Nutzung
(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB; §§ 1-11 BauNVO)

MD — Dorfgebiete (§ 5 BauNVO)

Maß der baulichen Nutzung
(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 16 BauNVO)

GRZ 0,40 — Grundflächenzahl

GFZ 0,50 — Geschossflächenzahl

I — Zahl der Vollgeschosse

Bauweise, Baulinien, Baugrenzen
(§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, §§ 22 und 23 BauNVO)

o — Offene Bauweise

E — Nur Einzelhäuser zulässig

FH — Firsthöhe

Baugrenze

Verkehrsflächen
(§ 9 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 6 BauGB)

Straßenverkehrsflächen

Straßenbegrenzungslinie auch gegenüber Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung

Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung: Fußgängerbereich

Sonstige Planzeichen

Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans (§ 9 Abs. 7 BauGB)

II. Darstellungen ohne Normcharakter

vorhandene Gebäude

Flurstücksgrenzen, vermarkt

Flurstücksgrenzen, unvermarkt

501 — Flurstücksnummer

Flurgrenze

vorgeschlagene Grundstücksteilung

Abriss

Hauptfirstrichtung

Kartengrundlage: Auszug aus dem Liegenschaftskataster mit Stand vom 26.01.2021 .

Teil B - Textliche Festsetzungen

Es gilt die Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786).

1. Art der Nutzung (§ 9 Abs 1 Nr. 1 BauGB und §§ 1 und 4 BauNVO)

(1) Zulässig sind gemäß § 5 BauNVO
- Wirtschaftsstellen land- und forstwirtschaftlicher Betriebe und der dazugehörigen Wohnungen und Wohngebäude,
- Kleinsiedlungen einschließlich Wohngebäude mit entsprechenden Nutzgärten und landwirtschaftliche Nebenerwerbstellen,
- sonstige Wohngebäude,
- Betriebe zur Be- und Verarbeitung und Sammlung land -und forstwirtschaftlicher Erzeugnisse,
- Einzelhandelsbetriebe, Schank- und Speisewirtschaften sowie Betriebe des Beherbungsgewerbes,
- sonstige Gewerbebetriebe,
- Gartenbaubetriebe.

(2) Ausnahmsweise zulässig sind
- Anlagen für örtliche Verwaltungen sowie kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke.

(3) Gemäß § 1 Abs. 5 BauNVO sind Tankstellen (§5 Abs. 2 Nr. 9 BauNVO) und Vergnügungsstätten (§5 Abs. 3 BauNVO) auch ausnahmsweise nicht zulässig.

2. Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB und §§ 16 und 20 BauNVO)

(1) Die Gebäudehöhe (Firsthöhe) darf max. 9,00 m über der Fahrbahnoberkante der grundstückszugewandten Straße „Kreuzdeich“ liegen.
(2) Die Mindestgrundstücksgröße beträgt 600 m².

3. Flächen für Garagen und Stellplätze und Nebenanlagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB und §§ 14 und 23 BauNVO)

(1) Garagen und Carports (überdachte Stellplätze) und Stellplätze mit ihren Zufahrten sowie sonstige Nebenanlagen im Sinne des § 14 Abs. 1 BauNVO dürfen im Dorfgebiet auch außerhalb der Baugrenzen errichtet werden. Sie dürfen nicht vor die straßenseitige Fassade des Hauptgebäudes springen.

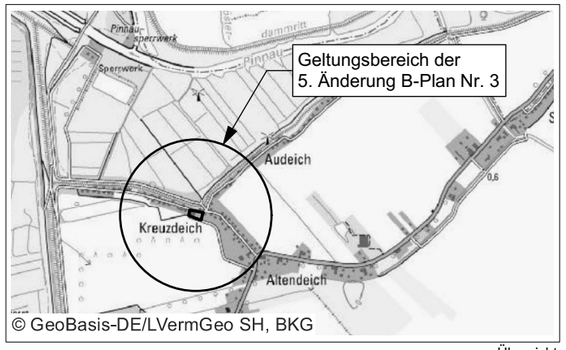
4. Örtliche Bauvorschriften (§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 84 LBauO S-H)

(1) Die Gebäude sind zur öffentlichen Straßenverkehrsfläche ohne Fassadenversprünge auszuführen. Risalite als Eingangsbereiche sind zulässig.
(2) Einfriedungen im Vorgartenbereich sind nur parallel zur öffentlichen Verkehrsfläche bzw. zur Gebäudelängsseite zulässig.
(3) Die festgesetzte Hauptfirstrichtung gilt nicht für Nebengebäude, Garagen und überdachte Stellplätze (Carports).

Ordnungswidrigkeiten:
Ordnungswidrig handelt gem. § 82 Abs. 1 Nr. 1 Landesbauordnung (LBO) Schleswig-Holstein, wer vorsätzlich oder fahrlässig den örtlichen Bauvorschriften zuwiderhandelt. Als Tatbestand gilt die Nichteinhaltung der Vorschriften gem. Ziff. 1 bis 2 der gestalterischen Festsetzungen. Gemäß § 82 Abs. 3 LBO kann eine Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße geahndet werden.

Hinweise

Bodendenkmalpflege
Es wird auf § 15 DSchG verwiesen:
Wer Kulturdenkmale entdeckt oder findet, hat dies unverzüglich unmittelbar oder über die Gemeinde der oberen Denkmalschutzbehörde mitzuteilen. Die Verpflichtung besteht ferner für die Eigentümerin oder den Eigentümer und die Besitzerin oder den Besitzer des Grundstücks oder des Gewässers, auf oder in dem der Fundort liegt, und für die Leiterin oder den Leiter der Arbeiten, die zur Entdeckung oder zu dem Fund geführt haben. Die Mitteilung einer oder eines der Verpflichteten befreit die übrigen. Die nach Satz 2 Verpflichteten haben das Kulturdenkmal und die Fundstätte in unverändertem Zustand zu erhalten, soweit es ohne erhebliche Nachteile oder Aufwendungen von Kosten geschehen kann. Diese Verpflichtung erlischt spätestens nach Ablauf von 4 Wochen seit der Mitteilung.
Archäologische Kulturdenkmale sind nicht nur Funde, sondern auch dringliche Zeugnisse wie Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Bodenbeschaffenheit.



Übersicht

Gemeinde Haselau — Kreis Pinneberg

5. Änderung des Bebauungsplans Nr. 3

Plan für den Satzungsbeschluss

Stand : 04.11.2021

O L A F
Regionalentwicklung
Stadtplanung
Ortsentwicklung
Landschaftsplanung
Freiraumplanung

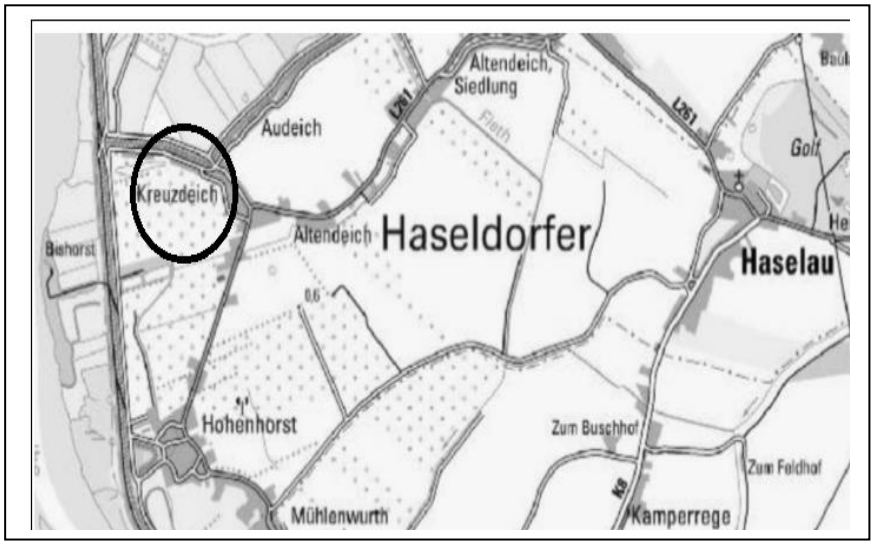
Süderstr. 3
25885 Wester-Ohrstedt
Tel.: 0 48 47 - 980
Fax: 0 48 47 - 483
e-mail: info@olaf.de

Projekt Nr. : ____

Gemeinde Haselau

5. Änderung des Bebauungsplans Nr. 3

Begründung



Übersichtsplan © GeoBasis-DE/M-V 2009

Auftraggeber: **Gemeinde Haselau**
Landkreis
Pinneberg

Planung: **O L A F**
Regionalentwicklung
Bauleitplanung
Landschaftsplanung
Freiraumplanung

Süderstraße 3
25885 Wester-Ohrstedt
Telefon: 04847/980
Fax: 04847/483
www.olaf.de

Bearbeiter: Jenny de Granda, Lic.rer.reg.

Stand: Satzungsbeschluss

I N H A L T

1 Einleitung 2

1.1 Vorbemerkungen 2

1.2 Anlass der Planung 2

1.3 Lage und Umfang des Plangebietes 2

1.4 Verfahren 2

2 Inhalte des Plans 3

2.1 Städtebauliches Entwurfskonzept 3

2.2 Maß der baulichen Nutzung 3

2.3 Flächen für Garagen, Stellplätze und Nebenanlagen 3

2.4 Örtliche Bauvorschriften 3

3 Wesentliche Auswirkungen der Planung 4

3.1 Nutzungen und Bebauung 4

3.2 Umweltauswirkungen 4

4 Abschließende Erläuterungen 5

4.1 Maßnahmen der Planrealisierung und der Bodenordnung 5

4.2 Rechtsgrundlagen 5

1 Einleitung

1.1 Vorbemerkungen

Die Gemeinde Haselau plant die Aufstellung der 5. Änderung des Bebauungsplans Nr. 3 für das Gebiet Kreuzdeich. Aufgrund des Aufstellungsbeschlusses wird der Bebauungsplan gemäß § 13a BauGB aufgestellt.

1.2 Anlass der Planung

Der Bebauungsplan Nr. 3 der Gemeinde Haselau trat im Jahr 1990 in Kraft. Die vorliegende Planänderung dient der Anpassung an die Erfordernisse einer verdichteten Bebauung zur Schaffung von zusätzlichem, am örtlichen Bedarf ausgerichteten Wohnraum in der Gemeinde

1.3 Lage und Umfang des Plangebietes

Das Plangebiet der 5. Änderung des Bebauungsplans Nr. 3 befindet sich südlich der Straße Kreuzdeich im Gemeindegebiet Kreuzdeich der Gemeinde Haselau. Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplans umfasst ca.2911 m² mit den Flurstücke 500 und 501 sowie teilweise 16/6 und 33/2 der Flur 8 der Gemarkung Haselau. Auf dem Flurstück 501 befindet sich ein großes verfallenes altes Hofgebäude. Westlich davon verläuft auf dem Flurstück 500 ein öffentlicher Fußweg. Östlich grenzt das Plangebiet an eine vorhandene Wohnbebauung. Südlich des Plangebiets befindet sich ein Landweg, der den westlich gelegenen Fußweg mit dem Neuen Weg verbindet. Südlich grenzen Obstplantagen an. Nördlich der Straße Kreuzdeich liegen als Grünland genutzte Flächen. Im gemeinsamen Flächennutzungsplan der Gemeinden Haselau und Haseldorf ist das Plangebiet als Dorfgebiet dargestellt.

1.4 Verfahren

Die 5. Änderung des Bebauungsplans soll gemäß § 13a Abs. 4 BauGB im beschleunigten Verfahren aufgestellt werden. Es handelt sich bei dem Planvorhaben um die Nachverdichtung einer innerörtlichen Fläche. Die maximale Grundfläche von 20.000 m2 wird nicht überschritten. Der Geltungsbereich liegt nicht im Bereich von Natura 2000-Gebieten. Eine Beeinträchtigung der in § 1 Abs. 6 Nr. 7 b BauGB genannten Schutzgüter besteht daher nicht. Ebenso wird keine Zulässigkeit von Vorhaben, die einer Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeits-prüfung nach Anlage 1 zum Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung oder nach Landesrecht unterliegen begründet.

Es werden gemäß 13a Abs. 2 Nr.1 BauGB die Verfahrensvorschriften des vereinfachten Verfahrens nach § 13 BauGB angewendet. Dabei wird gemäß § 13 Abs. 2 Nr. 1 BauGB von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB abgesehen. Es wird gemäß § 13 Abs. 3 BauGB von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, von dem

Umweltbericht nach § 2 a BauGB, von der Angabe nach § 3 Abs. 2 BauGB, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, sowie von der zusammenfassenden Erklärung § 10 Abs. 4 BauGB abgesehen. § 4 c BauGB wird nicht angewendet.

Es wird gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 4 BauGB von der Eingriffs- / Ausgleichsbilanzierung abgesehen.

2 Inhalte des Plans

2.1 Städtebauliches Entwurfskonzept

Im städtebaulichen Entwurfskonzept soll durch eine Nachverdichtung eine kleinteiligere Bebauung ermöglicht werden. Die straßenseitige Baugrenze wird an die vorhandene Bebauung im Westen und Osten angepasst.

2.2 Art der baulichen Nutzung

Die zulässige Art der baulichen Nutzung bleibt weiterhin die eines Dorfgebietes gemäß § 5 BauNVO. Zur Erhaltung des Gebietscharakters sind Tankstellen und Vergnügungsstätten auch ausnahmsweise nicht zulässig.

2.3 Maß der baulichen Nutzung

Die Firsthöhe wird in Anlehnung an das vorhandenen Gebäudebestand mit 9.00 m festgesetzt. Bezugspunkt ist die grundstücksseitige Fahrbahnoberkante der angrenzenden Straße „Kreuzdeich. Die Grundflächenzahl und Geschoßflächenzahl wird entsprechend der Festsetzungen südlich der Straße „Kreuzdeich“ in der 4. Änderung des B-Plans einheitlich mit einer GFZ 0,40 und GRZ 0,50 festgesetzt. Damit sich die zukünftige Bebauung im das vorhandene Siedlungsbild einfügt, darf eine Grundstücksgroße von 600 m² nicht unterschritten werden. Es sind nur Einzelhäuser zulässig.

2.4 Flächen für Garagen, Stellplätze und Nebenanlagen

Garagen, Carports, Stellplätze und Nebenanlagen sind auch außerhalb der überbaubaren Flächen zulässig.

Um eine einheitliche Gebäudeflucht zu erhalten, dürfen sie jedoch nicht über sie straßenseitige Gebäudefassade vorspringen.

2.5 Örtliche Bauvorschriften

Die örtlichen Bauvorschriften der 4. Änderung des Bebauungsplans Nr.3 werden übernommen.

Die festgesetzte Mindestgrundstücksbreite entfällt, da eine Nachverdichtung mit drei Einzelhäusern zulässig ist.

3 Wesentliche Auswirkungen der Planung

3.1 Nutzungen und Bebauung

Mit den Darstellungen der Planung wird eine Veränderung von Nutzungen im räumlichen Geltungsbereich ermöglicht. Die vorliegende Planung dient unter Berücksichtigung des städtebaulichen Umfelds der Schaffung von Voraussetzungen für die Nachverdichtung eines bestehenden Wohngebietes.

Nachteilige Auswirkungen, die sich durch die Planung für die unmittelbar Betroffenen in ihren persönlichen Lebensumständen im wirtschaftlichen oder sozialen Bereich voraussichtlich ergeben können, sind derzeit nicht zu erkennen.

Die 5. Änderung des Bebauungsplans Nr. 3 ist eine verbindliche Bauleitplanung, die rechtsverbindliche planungsrechtliche Festsetzungen für die städtebauliche Ordnung enthält. Mit den Festsetzungen der Planung wird eine Veränderung der bebaubaren Flächen angestrebt, um eine neue Anordnung der Gebäude zu ermöglichen. Gemäß §1a Abs. 2 BauGB mit Grund und Boden soll sparsam und schonen umgegangen werden.

Dabei sind zur Verringerung der zusätzlichen Inanspruchnahme von Flächen für bauliche Nutzungen die Möglichkeiten der Entwicklung der Gemeinde insbesondere durch Wiedernutzbarmachung von Flächen, Nachverdichtung und andere Maßnahmen zur Innenentwicklung zu nutzen. Es sind im Plangebiet keine landwirtschaftliche oder als Wald genutzte Flächen einbezogen und dadurch auch keine Veränderungen im städtebaulichen Erscheinungsbild zu erwarten.

3.2 Umweltauswirkungen

Mit der 5. Änderung des Bebauungsplans Nr. 3 sind keine Eingriffe in einzelnen Schutzgütter zu erwarten. Die Fläche ist stark durch die bisherigen Nutzungen vorgeprägt und wird nachverdichtet. Die Wahl des räumlichen Geltungsbereichs entspricht somit dem Grundsatz des § 1 a BauGB, sparsam mit Grund und Boden umzugehen. Eingriffe in Natur und Landschaft sind zu vermeiden bzw. zu vermindern.

Vor Abriss der Gebäude ist die Prüfung eines möglichen Fledermausvorkommens erforderlich. Sollten Gehölze beseitigt werden, ist dies nur im Winterhalbjahr vom 01.10. bis zum 28.02. des darauffolgenden Jahres möglich.

4. Abschließende Erläuterungen

4.1 Maßnahmen der Planrealisierung und der Bodenordnung

Gemäß städtebaulichem Vertrag übernimmt der Vorhabenträger die Kosten der Bauleitplanung. Maßnahmen der Bodenordnung sind nicht erforderlich.

4.2 Rechtsgrundlagen

Für das Bauleitplanverfahren finden folgende Vorschriften Anwendung:

- Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 27. März 2020 (BGBI. I S. 587).
- Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung - BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786)
- Planzeichenverordnung (PlanZV) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 S. 58) geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 04. Mai 2017 (BGBl. I S. 1057)
- Regionalplan für den Planungsraum V, 2002
- Gesetz zum Schutz der Natur - Landesnaturschutzgesetz Schleswig-Holstein (LNatSchG S-H) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (GVOBl. 2010, S.301), zuletzt geändert durch Artikel 21 des Gesetzes vom 02. Mai 2018 (GVOBl. S. 162)
- Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) in der Neufassung der Bekanntmachung vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15. September 2017 (BGBl. I S. 3434)
- Satzungen der Gemeinde Haselau
- Landesbauordnung für das Land Schleswig-Holstein (LBO) in der Fassung vom 22. Januar 2009, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 08. Juni 2016 (GVOBI. S. 369)

Die Begründung wird gebilligt.

Haselau, den …… ……

(Bürgermeister)

5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 3
Beteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB und § 3 Abs. 2 BauGB

**Auswertung der Stellungnahmen der Behörden,
sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden**

Datum: 01.11.2021

Nr.	Schriftliche Stellungnahme zur 5. Änderung des B-Planes Nr. 3 der Gemeinde Haselau gemäß § 4 (1 und 2 Abs. 2) BauGB Behörden, sonstige Träger öffentlicher Belange und der Nachbargemeinden	Abwägungsvorschlag
1.	WG: Haselau 5. Änderung B-Plan Nr. 3 Fr 24.09.2021 Sehr geehrte Frau Krieger, vielen Dank für Ihre Anfrage, die mir zuständigkeitshalber weitergeleitet wurde. Das Beteiligungsschreiben vom 13.07.2021 zur Aufstellung der 5. Änderung des Bebauungsplans Nr. 3 in der Gemeinde Haselau habe ich zur Kenntnis genommen. Gemäß dem aktuellen Erlass zu Planungsanzeigen sowie Unterrichtungen nach dem Landesplanungsgesetz Ziffer 2.1 ergeht zur genannten Planung keine gesonderte landesplanerische Stellungnahme. Mit freundlichen Grüßen Florian Müller-Lobeck SH Ministerium für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung des Landes Schleswig-Holstein -Regionalentwicklung und Regionalplanung- IV 6210 Düsternbrooker Weg 104 24105 Kiel Tel.: 0431/988-3084 Florian.Mueller-Lobeck@im.landsh.de	**Zu 1.: Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.**

2.

Jenny De Granda

Von: Langhinrichs, Ann-Cathrin <A.Langhinrichs@kreis-pinneberg.de>
Gesendet: Dienstag, 12. Oktober 2021 10:03
An: Jenny De Granda
Betreff: AW: Haselau 5. Änderung B-Plan Nr. 3 - Stellungnahme Anfrage

Sehr geehrte Frau De Granda,

es hat kein TöB hier im Hause Stellung genommen, es gab lediglich eine Anmerkung vom FD Bauordnung: „Keine Bedenken, Ich rege an, den Bezugspunkt auf der öffentlichen Straße genauer festzulegen (z.B. OK nächstgelegener Sieldeckel auf der Straße Kreuzdeich oder Angabe einer NN Höhe)."

Bei Rückfragen melden Sie sich gerne bei mir!

Mit freundlichen Grüßen
Ann-Cathrin Langhinrichs

Fachbereich Service, Recht und Bauen
Regionalplanung und Europa
Kurt-Wagener-Straße 11
25337 Elmshorn
Tel.: 04121 4502-4415
Fax: 04121 4502-94415
E-Mail: a.langhinrichs@kreis-pinneberg.de
Internet: http://www.kreis-pinneberg.de

*** Kundenbesuche aktuell nur nach Terminabsprache ***

Von: Jenny De Granda [mailto:j.degranda@olaf.de]
Gesendet: Montag, 4. Oktober 2021 17:36
An: Langhinrichs, Ann-Cathrin
Betreff: Haselau 5. Änderung B-Plan Nr. 3 - Stellungnahme Anfrage

Sehr geehrte Frau Langhinrichs,

Die Gemeinde Haselau würde gerne den abschließenden Beschluss fassen und lässt anfragen, ob eine Stellungnahme erfolgen wird.

Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Jenny de Granda

Lic.rer.reg. Jenny de Granda, j.degranda@olaf.de

1

Zu 2.: Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Der Bezugspunkt für die Höhenfestsetzungen ist die Oberkante Fahrbahn der grundstückszugewandten Straßenkante der Straße „Kreuzdeich". Diese Angabe wird noch mit in die Festsetzungen aufgenommen.

3.

Schleswig-Holstein
Der echte Norden

SH Archäologisches Landesamt Schleswig-Holstein

Archäologisches Landesamt Schleswig-Holstein
Brockdorff-Rantzau-Str. 70 | 24837 Schleswig

Büro OLAF
z.Hd. Frau J. de Granda
Süderstr. 3
25885 Wester-Ohrstedt

Obere Denkmalschutzbehörde
Planungskontrolle

Ihr Zeichen: /
Ihre Nachricht vom: 13.07.2021/
Mein Zeichen: Haselau-Bplan3-Änd5 /
Meine Nachricht vom: /

Kerstin Orlowski
kerstin.orlowski@alsh.landsh.de
Telefon: 04621 387-20
Telefax: 04621 387-54

Schleswig, den 21.07.2021

Gemeinde Haselau, 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 3
Beteiligung gem. § 4 (2) BauGB
Stellungnahme des Archäologischen Landesamtes Schleswig-Holstein

Sehr geehrte Frau de Granda,

wir können zurzeit keine Auswirkungen auf archäologische Kulturdenkmale gem. § 2 (2) DSchG in der Neufassung vom 30.12.2014 durch die Umsetzung der vorliegenden Planung feststellen. Daher haben wir keine Bedenken und stimmen den vorliegenden Planunterlagen zu.

3.1

Der überplante Bereich befindet sich jedoch zu einem kleinen Teil in einem archäologischen Interessengebiet, daher ist hier mit archäologischer Substanz d.h. mit archäologischen Denkmalen zu rechnen.

Wir verweisen deshalb ausdrücklich auf § 15 DSchG: Wer Kulturdenkmale entdeckt oder findet, hat dies unverzüglich unmittelbar oder über die Gemeinde der oberen Denkmalschutzbehörde mitzuteilen. Die Verpflichtung besteht ferner für die Eigentümerin oder den Eigentümer und die Besitzerin oder den Besitzer des Grundstücks oder des Gewässers, auf oder in dem der Fundort liegt, und für die Leiterin oder den Leiter der Arbeiten, die zur Entdeckung oder zu dem Fund geführt haben. Die Mitteilung einer oder eines der Verpflichteten befreit die übrigen. Die nach Satz 2 Verpflichteten haben das Kulturdenkmal und die Fundstätte in unverändertem Zustand zu erhalten, soweit es ohne erhebliche Nachteile oder Aufwendungen von Kosten geschehen kann. Diese Verpflichtung erlischt spätestens nach Ablauf von vier Wochen seit der Mitteilung.

Archäologische Kulturdenkmale sind nicht nur Funde, sondern auch dingliche Zeugnisse wie Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Bodenbeschaffenheit.

Für Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Kerstin Orlowski

Anlage: Auszug aus der Archäologischen Landesaufnahme

zu 3.1: Der Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen und berücksichtigt.
Der Hinweis auf § 15 DSCHG wir in den Texteil B aufgenommen.

4.

Valentina Krieger

Von: Axel.Suersen@llur.landsh.de <Axel.Suersen@llur.landsh.de>
Gesendet: Montag, 2. August 2021 12:54
An: Valentina Krieger <v.krieger@olaf.de>
Betreff: AW: Gemeinde Haselau - 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 3 - Öffentliche Auslegung nach § 4.2

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Krieger,

aus forstbehördlicher Sicht bestehen keine Bedenken gegen die o. g. Bauleitplanung.

Mit freundlichem Gruß,

Axel Suersen

1

Zu 4.: Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

5.

EINGEGANGEN
31. Juli 2021

AZV Südholstein

AZV Südholstein · Postfach 1164 · 25487 Holm

Büro OLAF
Süderstraße 3
25885 Wester-Ohrstedt

DIE VERBANDSVORSTEHERIN

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht vom 13.07.2021
Mein Zeichen
Meine Nachricht vom:

Auskunft erteilt: Stefanie Wenske
Telefon: 04103 964 – 281
Telefax: 04103 964 – 44 281
E-Mail: stefanie.wenske@azv.sh

Datum: 30.07.2021

Gemeinde Haselau, Kreis Pinneberg, Bebauungsplan Nr. 3 – 5. Änderung

hier: Ihre Beteiligung als Behörde oder sonstige Träger öffentlicher Belange
nach § 4 Abs. 2 BauGB und Mitteilung über die Auslegung nach § 3 Abs. 2 Satz BauGB

Sehr geehrte Damen und Herren,

es bestehen keine Bedenken seitens des AZV hinsichtlich der geplanten Maßnahmen.

Mit freundlichen Grüßen

Stefanie Wenske

i. A.

Stefanie Wenske

Teamassistenz
Bereich Planung und Bau

Abwasser-Zweckverband Südholstein
Verbandsvorsteherin:
Christine Mesek

Hausanschrift:
Am Heuhafen 2
25491 Hetlingen

Telefon 04103 964 0
Telefax 04103 964 198
info@azv.sh • www.azv.sh
info@azvsh.de-mail.de

Bankverbindung: Sparkasse Westholstein
IBAN DE80 2225 0020 0090 5851 00
BIC NOLADE21WHO

Zu 5.: Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

6.

SIELVERBAND HASELAU-HASELDORF
-Körperschaft des öffentlichen Rechts-
Der Vorstand

EINGEGANGEN
11. Aug. 2021

Sielverband Haselau-Haseldorf, Hauptstr. 23a, 25489 Haseldorf
Büro OLAF
Süderstr. 3
25885 Wester-Ohrstedt

05.08.2021
0005/10

Gemeinde Haselau, B-Plan Nr. 3
Stellungnahme TÖB

Sehr geehrte Frau Krieger,

nach Rücksprache mit Verbandsvorsteher Johannes-Hermann Lienau möchten wir folgendes mitteilen:

6.1

Aus Ihren Unterlagen ist nicht zu entnehmen, wie die Ableitung des Niederschlagswassers erfolgen soll. Ich möchte Sie bitten, eine entsprechende Aussage nachzureichen.
Ich teile Ihnen jedoch bereits in diesem Stadium mit, dass der Verband einer Ableitung des Niederschlagswassers über die vorhandene Verbandsrohrleitung D nicht zustimmen wird. Die Rohrleitung ist hydraulisch ausgelastet und es ist in der Vergangenheit bereits zu Rückstauereignissen gekommen.
Im Zuge dieser Änderung des B-Plans bietet es sich meiner Ansicht nach an, die Gespräche über die Übernahme von Rohrleitungen, durch die Gemeinde, wieder aufzunehmen bzw. fortzusetzen.

Für Rückfragen steht Ihnen gerne Verbandsvorsteher Lienau (0172-5916814) oder die Geschäftsstelle zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Stefan Witt
Geschäftsführer

1

Verbandsvorsteher: Johannes-Hermann Lienau
Geschäftsstelle, Telefon: 04129-9559239
Fax: 04129-9557193
Email: info@gulv-pi.de

Zu 6.1: Hinweis wird nicht berücksichtigt:
Bei der 5. Änderung des Bebauungsplans Nr. 4 handelt es sich im Wesentlichen um eine Änderung der Baugrenzen und eine Herausnahme eine Straßenverkehrsfläche mit der Zweckbestimmung Fußgängerbereich aus dem festgesetzten Dorfgebiet. Durch die Änderung der Baugrenzen ergibt sich die Möglichkeit einer geringfügigen Nachverdichtung. Das Plangebiet gilt nach wie vor als erschlossen. Es hat sich gegenüber der 4. Änderung des Bebauungsplans nichts an der Erschließungssituation, insbesondere für das Oberflächenwasser geändert. Zudem verweist die Gemeinde Haselau auf ihre Abwägung vom 04.02.2014 im Rahmen der 4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 4
„Die pauschale Aussage zur bestehenden völligen Auslastung der Rohrleitungen ist für die Gemeinde nicht nachvollziehbar. Zum Zeitpunkt der Einleitungserlaubnis. (1986) wurden die Rohrleitungen noch als Mischwassersiele genutzt. Die Leitungen nahmen somit nicht nur das Niederschlagswasser auf, sondern auch die häuslichen Abwässer. Mittlerweile werden die Rohrleitungen nur noch zur Ableitung des Oberflächenwassers genutzt. Die Schmutzwasserentsorgung erfolgt über ein separates Druckentwässerungssystem. Der Gemeinde sind zudem keine Kapazitätsprobleme bei den in Rede stehenden Rohrleitungen bekannt. Die Gemeinde ist daher der begründeten Überzeugung, dass die durch die B-Planänderung ermöglichte Bebauung – gerade weil nur zwei bis drei zusätzliche Wohneinheiten entstehen können – nicht zu Problemen mit der Entwässerung führen wird und sieht die Entwässerung weiterhin als gesichert an.

7.

Valentina Krieger

Von: Eger <Eger@gab-umweltservice.de>
Gesendet: Dienstag, 13. Juli 2021 12:45
An: Valentina Krieger <v.krieger@olaf.de>
Cc: Holthausen,Andreas <Holthausen@gab-umweltservice.de>
Betreff: AW: Gemeinde Haselau - 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 3 - Öffentliche Auslegung nach § 4.2

Sehr geehrte Frau Krieger,

vielen Dank für die Zusendung der Unterlagen zum Beteiligungsverfahren B-Plan Nr.3 der Gemeinde Haselau.

Wir nehmen wie folgt Stellung:

7.1 Wir bitten Sie vorsorglich, bei einer Umsetzung von baulichen Maßnahmen die für den Bereich der Abfallentsorgung maßgeblichen Vorschriften (UVV, RAST EAE 85-95) zu beachten und insbesondere die Zufahrten, Kurven und Wendebereiche frei von baulichen Einrichtungen (Schaltschränke, Lampen, etc.) und Bepflanzungen (Bäume und Sträucher) zu halten.

Für weitere Fragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

i. A. Yasmin Eger
Kommunales Vertragsmanagement

GAB Umwelt Service
Bundesstraße 301 | 25495 Kummerfeld
Telefon 04120 709-360
Telefax 04120 709-88360

eger@gab-umweltservice.de
www.gab-umweltservice.de

Gesellschaft für Abfallwirtschaft und Abfallbehandlung mbH - GAB -
Sitz Tornesch, Amtsgericht Pinneberg HRB 1670 EL
Geschäftsführer: Jens Ohde (Sprecher), Fred Ponath
Vorsitzende des Aufsichtsrates: Landrätin Elfi Heesch

Die Informationen zum Datenschutz gemäß Art. 13 und 14 DSGVO finden Sie hier: https://www.gab-umweltservice.de/datenschutzbestimmungen/

Wir lieben Recycling. Alle Infos zum **Recycling im Kreis Pinneberg** auf **wir-lieben-recycling.de/gab**

Wir ♥ Recycling
TRENNEN ROCKT!

GAB Umwelt Service ist #wirfuerbio

Zu 7.1: Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
Im Geltungsbereich des B-Plans sind im Straßenraum keine weiteren baulichen Maßnahmen vorgesehen.

8.

Von: Mielke, Arndt (Stadtwerke Wedel) <A.Mielke@stadtwerke-wedel.de>
Gesendet: Montag, 9. August 2021 12:36
An: jdegranda@olaf.de; Büro OLAF <info@olaf.de>
Cc: Maurer, Jörn Peter (Stadtwerke Wedel) <J.Maurer@stadtwerke-wedel.de>
Betreff: Stellungnahme zur 5. Änderung des BPlan Nr. 3 Gemeinde Haselau

Sehr geehrte Damen und Herren,

anhängende Stellungnahme der Stadtwerke Wedel GmbH zur Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB zu Ihrem Schreiben vom 13.07.2021.

8.1 Die Stadtwerke Wedel GmbH sind von der Maßnahme betroffen.
Im B Plan Gebiet befinden sich Versorgungsleitungen der Stadtwerke Wedel GmbH zur Versorgung mit Strom und Gas.
Aktuell bestehen seitens der Stadtwerke Wedel keine Bedenken das Baugebiet mit Strom und Gas zu versorgen.

Hinweise:
Vor Abriss der Gebäude sind die Stadtwerke Wedel mit der Trennung der bestehenden Netzanschlussleitungen zu beauftragen.
Leistungsbedarfe der einzelnen Netzanschlussnehmer sind den Stadtwerken Wedel anzumelden.

Ich bitte Sie um frühzeitige Einbindung in die nachfolgenden Planungsschritte.

Bei weiteren Rückfragen stehe ich Ihnen gern zur Verfügung.
Mit freundlichen Grüßen,
Arndt Mielke

Arndt Mielke

Netzplaner

Stadtwerke Wedel GmbH
22880 Wedel
www.stadtwerke-wedel.de

Tel.: 0 41 03 805 119
Fax: 0 41 03 805 164

STW | STADTWERKE WEDEL

Vorsitzender des Aufsichtsrates: Michael C. Kissig • Geschäftsführer: Jörn Peter Maurer
Registergericht: AG Pinneberg HRB 5166 • Steuer-Nr: 21 18 296 20 915

Zu 8.1: Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.
Vor Abriss der Gebäude werden die Stadtwerke Wedel mit der Trennung der bestehenden Netzanschlussleitungen beauftragt.
Leistungsbedarfe werden den Stadtwerken angemeldet.

9.

ERLEBEN, WAS VERBINDET.

DEUTSCHE TELEKOM TECHNIK GMBH
Fackenburger Allee 31b, 23554 Lübeck

OLAF
Süderstr. 3

25885 Wester-Ohrstedt

REFERENZEN Schreiben vom 13.07.2021
ANSPRECHPARTNER PTI 11, BB2 Lübeck, Dipl. Ing. Klaus Reichert
TELEFONNUMMER 0451/ 488-1053
DATUM 13.07.2021
BETRIFFT Gemeinde Haselau - 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 3
hier: Stellungnahme Vorgangsnr.:7210884 001

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für die Zusendung der Unterlagen.

Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 68 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben.

Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung: Gegen die o.a. Planung haben wir grundsätzlich keine Bedenken.
Eigene Maßnahmen der Telekom sind aus heutiger Sicht nicht geplant.

Sofern neue Gebäude an das Telekommunikationsnetz der Telekom angeschlossen werden sollen, muss sich der Bauherr frühzeitig (**mind. 6 Monate vor Baubeginn**) mit unserem Bauherrenservice unter der Rufnummer 0800/3301903 oder über das Kontaktformular im Internet unter der Adresse:
https://www.telekom.de/hilfe/bauherren

Mit freundlichen Grüßen

i. V.
Jonas Frommholz

i.A.
Klaus Reichert

DEUTSCHE TELEKOM TECHNIK GMBH
Hausanschrift: Technik Niederlassung Nord, Überseering 2, 22297 Hamburg
Postanschrift: Fackenburger Allee 31b, 23554 Lübeck
Telefon: +49 40 30600-0 | E-Mail: T-NL-Nord@telekom.de | Internet: www.telekom.de
Konto: Postbank Saarbrücken (BLZ 590 100 66), Kto.-Nr. 248 586 68 | IBAN: DE17 5901 0066 0024 8586 68 | SWIFT-BIC: PBNKDEFF590
Aufsichtsrat: Dr. Dirk Wössner (Vorsitzender) | Geschäftsführung: Walter Goldenits (Vorsitzender), Maria Stettner, Dagmar Vöckler-Busch
Handelsregister: Amtsgericht Bonn HRB 14190, Sitz der Gesellschaft Bonn | USt-IdNr. DE 814645262

123-456 789-00P

Zu 9.: Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

10.

BUND
FRIENDS OF THE EARTH GERMANY

BUND für Umwelt
und Naturschutz
Deutschland e.V.
Friends of the Earth
Germany

Landesverband
Schleswig-Holstein e.V.

Kreisgruppe Pinneberg

BUND Schleswig-Holstein, Lorentzendamm 16, 24103 Kiel

Büro Olaf
Süderstraße 3
25885 Wester-Ohrstedt

E-Mail: info@olaf.de

Ihre Ansprechpartnerin:
Marina Quoirin-Nebel
Tel.: 04123/68 52 13
Fax: 04123/68 31 93 7
E-Mail: marina.quoirin-nebel@barmstedt.de

Ihr Zeichen:	Unser Zeichen:	Datum:
	PI-2021-434	09.08.2021

Öffentliche Auslegung des Entwurfs der 5. Änderung Bebauungsplan Nr. 3 der Gemeinde Haselau Kreis Pinneberg:
Hier: Beteiligung gem. 13 a i.V. mit § 4 Abs. 2 BauGB Stellungnahme des *BUND*-Landesverband SH

Sehr geehrte Damen und Herren,

der *BUND* bedankt sich für die Übersendung der Unterlagen und nimmt wie folgt Stellung:

Begründung

1.4 Verfahren und 5 Umweltauswirkungen

10.1

Der Bebauungsplan wird nach §13 a BauBG aufgestellt. Die Verfahren nach § 13a ohne Umweltbericht und Flächenausgleich gilt trotzdem die qualitative Verpflichtung zu einer nachgewiesenen Beurteilung aller Schutzgüter. Abs. 2 Nr. 1 befreit vom Verfahren der Umweltprüfung, nicht aber von der materiellen Pflicht, die Umweltbelange gem. § 1 Abs. 6, Nr. 7, Abs. 7,§ 1a in der Abwägung zu berücksichtigen (VGH Kassel und München). Die Aussage von Krautzberger lautet: Die Annahme, dass im Anwendungsbereich von Bebauungsplänen der Innenentwicklung Umweltprobleme tendenziell geringer sein können als bei der Außenentwicklung, rechtfertig lediglich die pauschale Abstandannahme von der Umweltprüfung. Die Berücksichtigung der Umweltbelange in der Abwägung hat dessen ungeachtet in keiner Hinsicht einen geringeren Stellenwert als in den Fällen der Anwendung der Umweltprüfung (Krautzberger UPR 2011 62).

Ohne so eine Beurteilung wird nicht den Grundsätzen nach § 1 BauGB entsprochen und es besteht ein formeller Abwägungsfehler. Ferner bestehen unzulängliche Umweltinformationen für die Öffentlichkeit für ihre Beteiligung und für die Gemeindevertreter, um ihre Abwägung sorgfältig vorzunehmen.

10.2

2 Inhalte des Plans/Rechtlicher Planungsrahmen

Es fehlen die planerischen Rahmenbedingungen, deren Aussagen mit dem Planvorhaben zu thematisieren und ggfs. abzuwägen sind.

Es fehlen Aussagen aus dem Landesentwicklungs- und Regionalplan, dem Landschaftsrahmenplan 2020 Schleswig-Holstein und dem Landschaftsplan der Gemeinde Haselau.-

Das Plangebiet liegt innerhalb des Landschaftsschutzgebietes LSG 04 Pinneberger Elbmarschen. Die Lage ist in der Satzung einzutragen und in der Begründung zu thematisieren.

Zu 10.: Die Stellungnahme wird wie folgt abgewogen.

Zu 10.1: Die Hinweise werden nicht berücksichtigt.
Bei der 5. Änderung des Bebauungsplans Nr. 4 handelt es sich im Wesentlichen um eine Änderung der Baugrenzen und eine Herausnahme eine Straßenverkehrsfläche mit der Zweckbestimmung Fußgängerbereich aus dem festgesetzten Dorfgebiet. In der Begründung wird nachgewiesen, dass keine zusätzliche Beeinträchtigung der Schutzgüter zu erwarten sind.

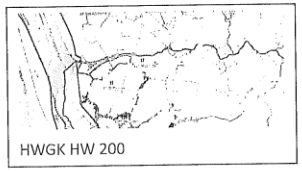
Zu 10.2: Die Hinweise werden nicht berücksichtigt.
Es handelt sich hier um eine geringfügige Änderung des Bebauungsplans. Es werden in der Begründung deshalb nur die Themenbereiche angesprochen, die durch die Änderung betroffen sind. Landesplanerische Rahmenplanungen gehören nicht dazu. Das Siedlungsgebiet von Haselau und somit auch der Planbereich sind aus dem Landschaftsschutzgebiet „Pinneberger Elbmarschen“ ausgenommen. Da die Belange des Landschaftsschutzes durch die Art der Änderungen nicht betroffen sind, wird in der Begründung auch nicht weiter auf das Landschaftsschutzgebiet eingegangen. Das gleiche gilt für das angrenzende FFH-Gebiet.

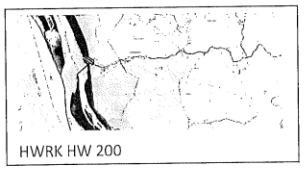
11.
3

BUND
FRIENDS OF THE EARTH GERMANY

Das Plangebiet liegt am FFH-Gebiet 2323-39. Die Auswirkungen der Planung auf das FFH-Gebiet ist in Begründung zu thematisieren.

Es fehlt die Thematisierung zum Hochwasserrisiko im Plangebiet. Bei einem HW von 200 zeichnen sich folgende Bilder ab:


HWGK HW 200


HWRK HW 200

Küsten- und flussprägende Hochwasser sind Naturereignisse in extremer Form, die man nur begrenzt beherrschen kann. Mit dem Fortschreiten des Klimawandels und dem Anstieg der Meeresspiegel werden solche Extremereignisse zunehmen. Ursachen für Hochwasser sind neben Sturmfluten in der Regel Niederschläge, die je nach Menge, Dauer, Intensität und räumlicher Verteilung unterschiedlich starke Hochwasser hervorrufen können. Eine weitere Ursache stellen unzureichende Entwässerungsleistungen durch hohe Außenwasserstände dar, was zu vermindertem Abfluss führt, wobei in der Elbmarsch alle Szenarien auch in Kombinationen miteinander auftreten können. Durch geeignete Berücksichtigung der Belange des Hochwasserschutzes in der Bauleitplanung und bei der Erstellung von Baugenehmigungen sind Leben, Gesundheit und Eigentum der Betroffenen besser zu schützen. Kommunale Planungsträger der Bauleitplanung sind daher verpflichtet, Hochwasserrisikogebiete entsprechend § 5 BauGB in den Planwerken nachrichtlich aufzuführen. Bauleitplanungen müssen deshalb auf die neu gewonnenen Erkenntnisse zum vorbeugenden Hochwasserschutz hin überprüft und – soweit sie im Widerspruch zu Zielen der Raumordnung stehen - ggf. angepasst werden. Grundsätze zum Wasserrückhalt im Einzugsgebiet, z.B. zur Bewirtschaftung und Versickerung von Niederschlagswasser, können als allgemeine Vorgaben über die Bauleitplanung festgelegt werden. Damit wird die Einbeziehung eines Hochwasserrisikos in den Abwägungsprozess im Rahmen der Planerstellung gesichert. Im Generalplan Küstenschutz ist das Plangebiet in Haselau als potenziell signifikantes Risikogebiet und in den Hochwassergefahren- und risikokarten (HWGK + HWRK) ab dem HW 200 als Gefahren/Risikogebiet gekennzeichnet, die Anzahl der betroffenen Bewohner*innen werden hier mit 1000 Personen angegeben. Gebäude und Nebenanlagen, die innerhalb der Hochwassersrisikogebiete liegen, genießen generellen Bestandsschutz. Und doch ist für Neu- und Umbauten Bauvorsorge zu treffen. *Zitat: Die Bauvorsorge umfasst das angepasste Bauen in Kombination mit weiteren temporär einzusetzenden Maßnahmen des Objektschutzes. Strategien, Handlungsschwerpunkte und wertvolle Hinweise für betroffene Gemeinden und Bürgerinnen und Bürger sind u.a. in der „Hochwasserschutzfibel - Objektschutz und bauliche Vorsorge"[1] enthalten.* Bei einer Überschwemmung können Zäune, Mauern, Wälle oder ähnliche Anlagen das Ablaufen des Wassers behindern. Ebenso können Veränderungen der bestehenden Erdoberfläche (ob Erhöhung oder Vertiefung) sowie Hecken-, Strauch- oder Baumpflanzungen das Fließverhalten ändern. Maßnahmen sind ggf. auch erforderlich für die Lagerung von Gegenständen, die abgeschwemmt werden können. Weitere Informationen zum Hochwasserschutz und einer hochwasserangepassten Bauweise können der „Hochwasserschutzfibel" des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit entnommen werden.[1]

[1] https://www.fib-bund.de/Inhalt/Themen/Hochwasser/

Seite 2

Zu 10.3: Die Hinweise werden nicht berücksichtigt.
Da es sich im Wesentlichen nur um die Änderung einer Baugrenze und die Herausnahme eine Straßenverkehrsfläche mit der Zweckbestimmung Fußgängerbereich aus dem festgesetzten Dorfgebiet handelt, ist es nicht erforderlich, auf ein potentielles Hochwasserrisiko einzugehen. Die Flächen des Plangebietes liegen gemäß der Karte zum Hochwasserrisikogebiet nicht in einem gefährdeten Bereich.

BUND
FRIENDS OF THE EARTH GERMANY

11.4

Gestalterische Festsetzungen

Um das bekannte Phänomen der Steinwüsten in Vorgärten zum Schutz von Boden, Grundwasser und der Artenvielfalt zu vermeiden sollte Daher sollte die Gemeinde sogenannte „Schottergärten" mit einer Festsetzung gem. § 8 Abs. 1(2) LBO mit folgendem Formulierungsvorschlag ausschließen:

- Vorgärten sind vollflächig *(alternativ: bis zu 80 %)* mit Vegetation zu begrünen und dauerhaft zu erhalten. Befestigte Flächen sind nur für die erforderlichen Zufahren/Stellplätze, Zuwege und Müllstandplätze zulässig. Die flächige Gestaltung der Vorgärten mit Materialien, wie z.B. Schotter und Kies ist unzulässig.
- Als Vorgärten gelten die Grundstücksflächen zwischen der Grenze der öffentlichen und/oder der privaten Erschließungsanlage, von der die Zuwegung zum Hauseingang erfolgt und der bis zu den seitlichen Grundstücksgrenzen verlängerten, vorderen Baugrenze.

Klimaschutz

11.5

Der Festsetzungskatalog für Bebauungspläne wurde um den Bereich Klimaschutz konkretisiert. § 1a Abs. 5 BauGB beschreibt, dass den Erfordernissen des Klimaschutzes sowohl durch Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken, als auch durch solche, die der Anpassung an den Klimawandel dienen, Rechnung getragen werden soll. So fehlt hier die weitergehende Thematik des Klimawandels und deren Folgen. Ein Ziel der Bundesregierung zum Klimaschutz ist es, den Ausstoß von Treibhausgasen bis 2030 um **65** Prozent zu reduzieren. Für die Erreichung der Klimaschutzziele sind Kommunen wichtige Akteure. Dazu gehören auch Maßnahmen in Bebauungsplänen, die zukunftsweisend und nachhaltig zu gestalten sind.

- Energiesparendes Bauen über die Anforderungen des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) von 2020 hinaus,
- Nutzung von regenerativer Energie für alle Wohn- und Nebengebäuden. Die gleichzeitige Verwendung von Dachbegrünung und Photovoltaikanlagen ist möglich, sogar förderlich, da in den heißen Sommermonaten die Anlage gekühlt wird.

Baumschutz

11.6

In der Begründung wird das Vorhandensein von Bäumen erwähnt, zum Schutz der Bäume fehlt in der Satzung der entsprechende Hinweis gem. PlanZV und in der Begründung die Art, Größe und Zustand der Bäume, ggfs. einer Festsetzung des Baumbestandes und die Hinweise: Bei Bautätigkeiten gilt die DIN 18920 "Schutz von Bäumen, Pflanzenbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen" und die RAS-LP 4 "Schutz von Bäumen, Vegetationsflächen und Tieren bei Baumaßnahmen.

Wir bitte um Zusendung des Abwägungsprotokolls

Mit freundlichen Grüßen

Marina Quoirin-Nebel

f. d. *BUND* SH

Seite 3

Zu 10.4: Hinweis wird nicht berücksichtigt.
Gemäß § 8 Landesbauordnungsgesetz S-H sind die nicht überbauten Flächen der bebauten Grundstücke wasseraufnahmefähig zu belassen oder herzustellen und zu begrünen oder zu bepflanzen. Eine zusätzliche Festsetzung im Bebauungsplan ist deshalb nicht erforderlich.

Zu 10.5: Hinweis wird nicht berücksichtigt.
Da Einhaltung der Anforderungen des Gebäudeenergiegesetzes im Bauantrag nachgewiesen werden muss und die Installation von Photovoltaik- und Solarthermieanlagen auf Gebäuden grundsätzlich zulässig ist, beabsichtigt die Gemeinde hierzu keine weiteren Festsetzungen zu treffen.

Zu 11.6: Der Hinweis wird nicht berücksichtigt:
Die Gemeinde hat keine Baumschutzsatzung, die sie zum Erhalt und zum Ersatz von geschützten Bäumen verpflichtet und somit eine entsprechende Festsetzung in der Planzeichnung zu erfolgen hätte. Im Plangebiet gibt es keine landschaftsbildprägenden Bäume. Ein größerer Baum (Esche), der eventuell unter dieses Kategorie fallen würde, stirb ab.
In den Textteil B wird noch der in der Begründung gegebene Hinweis aufgenommen, dass vor einem Abriss des Gebäudes, das Vorkommen von Fledermäusen zu prüfen ist und Gehölze nur in der Zeit vom 01.10. bis 28.02. des darauffolgenden Jahres beseitigt werden dürfen.

Gemeinde Haselau

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 0338/2021/HAS/BV

Fachbereich:	Bauen und Liegenschaften	Datum:	08.10.2021
Bearbeiter:	Melanie Pein	AZ:	

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Gemeindevertretung Haselau	30.11.2021	öffentlich

Regionalbudget der AktivRegion für Kleinstprojekte

Sachverhalt und Stellungnahme der Verwaltung:
Das Land Schleswig-Holstein stellt den AktivRegionen erneut über die GAK (Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz) – Mittel für eine zusätzliche Fördermöglichkeit zur Verfügung. Im August 2021 hat die Mitgliederversammlung der AktivRegion die Bereitstellung des Fördertopfes „Regionalbudget“ für sogenannte Kleinstprojekte erneut, d. h. für das Jahr 2022 beschlossen.
Für die Gemeinden bedeutet dies, dass die Mittel für die Eigenanteile bereitzustellen sind. Die Umlage beträgt 0,42 Euro/beitragspflichtigen Einwohner.

Bei den Kleinstprojekten dürfen die förderfähigen Gesamtkosten (Bruttokosten) maximal 20.000,00 Euro betragen. Hierauf kann jedoch nur ein maximaler Zuschuss in Höhe von 80 % gewährt werden. Dieser Zuschuss setzt sich aus 90 % GAK-Fördermitteln und 10 % Eigenmitteln der LAG AktivRegion zusammen. Insgesamt können die AktivRegion Pinneberger Marsch und Geest im kommenden Jahr 200.000,00 Euro für Kleinstprojekte zur Verfügung gestellt werden. Diese 200.000,00 Euro resultieren aus 180.000,00 Euro GAK-Mitteln und 20.000 Euro Eigenmitteln der AktivRegion. Die Entscheidung über die Förderfähigkeit obliegt den AktivRegionen. Es wird keine Entscheidung beim LLUR, wie ansonsten üblich, getroffen. Es wird zudem kein Bescheid erteil. Die Förderung erfolgt durch einen Vertrag mit der AktivRegion. Bei dieser Förderung ist jedoch entscheidend, dass sowohl die Antragstellung, die Vertragsschließung, die Durchführung der Maßnahme und die Abrechnung der Maßnahme im gleichen Kalenderjahr stattfindet. Sollte dies nicht möglich sein, entfällt eine Förderung.

Die Antragsstellung für Kleinstprojekte muss bis zum 31.01.2022 erfolgen, die Maßnahme muss komplett bis zum 30.09.2022 abgeschlossen und abgerechnet sein. Die Maßnahme darf einen Gesamtbruttobetrag von 20.000,00 Euro nicht überschreiten, da sonst die Förderung entfällt.

Um die vorgeschriebene Beteiligung der AktivRegion in Höhe von 10 % bei diesen

Regionalbudgets zu ermöglichen, muss die AktivRegion eine weitere Umlage erheben.

Die Mittel können nach Nummer 4.0 bis 9.0 GAK-Fördergrundsatz ILE (Integrierte Ländliche Entwicklung) verwendet werden für:

4.0 Dorfentwicklung,
5.0 dem ländlichen Charakter angepasste Infrastrukturmaßnahmen,
6.0 Neuordnung ländlichen Grundbesitzes und Gestaltung des ländlichen Raumes,
7.0 Breitbandversorgung ländlicher Räume
8.0 Kleinstunternehmen für Basisleistungen
9.0 Einrichtungen für lokale Basisdienstleistungen.
Die Regionalmanager der AktivRegion werden bei der Projektfindung und entsprechenden Einsortierung in den o. g. Katalog behilflich sein.

Finanzierung:
Der Eigenanteil der Gemeinden beträgt 0,42 Euro/beitragspflichtigen Einwohner. Dies entspricht einem Betrag in Höhe von 455,70 Euro für die Gemeinde Haselau. Diese zusätzliche Umlage dient dazu, die vorgeschriebene Beteiligung der AktivRegion in Höhe von 10 % an dem Zuschuss erbringen zu können.
Die entsprechenden Mittel sind im Haushalt 2022 eingeplant.

Fördermittel durch Dritte:
Die Förderung erfolgt projektweise für die angemeldeten Kleinstprojekte.

Beschlussvorschlag:
Die Gemeinde Haselau beschließt, an den Regionalbudgets der AktivRegion für das Jahr 2022 teilzunehmen und die notwendige finanzielle Beteiligung im Wege einer zusätzlichen Umlage im Haushalt bereitzustellen.

_____
Bröker

Anlagen:
./.

Gemeinde Haselau

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 0339/2021/HAS/BV

Fachbereich:	Soziales und Kultur	Datum:	20.10.2021
Bearbeiter:	Kerstin Seemann	AZ:	

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Schul-, Sport-, Kultur und Sozialausschuss der Gemeinde Haselau	10.11.2021	öffentlich
Finanzausschuss der Gemeinde Haselau	16.11.2021	öffentlich
Gemeindevertretung Haselau	30.11.2021	öffentlich

ev.-luth. Kindertagesstätte Elb Arche: Haushalt 2022

Sachverhalt:
Der Haushalt für das Jahr 2022 wurde vom Ev.-Luth. Kirchenkreis Hamburg-West/Südholstein vorgelegt.

Die Einnahmen belaufen sich auf 356.830 € und die Ausgaben auf 1.311.570 €, so dass sich ein Defizit von 954.740 € ergibt.

Stellungnahme der Verwaltung:
In der **Anlage 2** ist die Aufstellung mit Vergleichswerten der Vorjahre und den Begründungen der Veränderung zum Vorjahr beigefügt.

Ab dem 01.01.2022 wird laut Pressemitteilung des Landes der Elternbeitrag im U3-Bereich auf 5,80 € (bisher 7,21 €) pro wöchentlicher Betreuungsstunde gesenkt. Die Ansätze des Haushaltes sind nach dem bisherigen Stand kalkuliert worden.
Die Senkung ergebe Elternbeiträge von 252.330 €. Die Verminderung beträgt 21.880 €. Die Defizitzahlung würde sich dadurch entsprechend erhöhen.

Finanzierung:
Die Gemeinde zahlt monatlich den Wohnsitzanteil für die betreuten Kinder an den Kreis Pinneberg. Für 2022 liegt dieser bei rd. 170.000 €.
Für die Kinder, die in der Tagespflege betreut werden, ist ein Anteil von rd. 5.000 € zu zahlen.

Der Standortanteil wird auf die Gemeinden Haselau und Haseldorf nach den Einwohnerzahlen mit Stichtag des 31. März 2021 verteilt. Für 2022 bedeutet dies für die

Gemeinde Haselau einen Anteil von 37,41 % und dadurch eine Summe von 362.062 €.
Die Summen sind mit dem derzeit aktuellen Berechnungstool des Landes ermittelt worden.

Die Defizitzahlung beläuft sich für 2022 auf 954.740 €. Der Anteil der Gemeinde Haselau beläuft sich auf 357.168,23 €. Bei Berücksichtigung der Elternbeiträge beliefe sich der Anteil auf 365.353,54 € von insgesamt 976.620,00 €.

Fördermittel durch Dritte:
Die Mittel des Landes sind in der Standortförderung enthalten.

Beschlussvorschlag:
Der Schul-, Sport-, Kultur- und Sozialausschuss / Der Finanzausschuss empfiehlt / Die Gemeindevertretung beschließt, dem Haushalt 2022 unter Berücksichtigung der verminderten Elternbeiträge für die Kindertagesstätte Elb-Arche anzuerkennen. Die Mittel sind im Haushalt der Gemeinde bereit zu stellen.

_____
Bröker
Bürgermeister

Anlagen:
Anlage 1: Haushalt 2022 Kita Elb-Arche
Anlage 2: Aufstellung mit Vorjahreswerten
Anlage 3: Haushalt 2022 –nicht öffentlich-

Haushaltsplan

2022

1208033053 Kita Elb-Arche

Im Ev.-Luth. Kirchenkreis Hamburg-West/Südholstein

Kostenstelle 22100 Allgemeine Erträge

Sachkonto		Soll 2022 EUR	Soll 2021 EUR	Ist 2020 EUR
41600	Erl.Kindertagesst.Elternbeitr.	274.210,00	272.130,00	184.320,56
41602	Erl. Kindertagesst. Elternbeitr.Corona	0,00	0,00	74.100,00
41780	Sozialstaffel Ansatz unter 41600	0,00	0,00	63.930,11
45130	Zuschüsse der Länder	0,00	0,00	57.500,00
45135	Zuschuss Land - U3 Förderung	0,00	0,00	94.881,00
45140	Zuschüsse von Kreisen	0,00	0,00	4.859,00
45150	Zuschüsse von Gemeinden Ausgleich Defizit	954.740,00	957.110,00	467.844,65
45900	Kostenausgleich	0,00	0,00	43.462,83
49500	Erträge a. Auflösung von Rückstellung	0,00	0,00	2.426,33
50100	Erträge frühere Geschäftsjahre	0,00	0,00	49.222,65
73110	Abschreib. auf Forderungen	0,00	0,00	3.774,00
75300	Aufw.f.frühere Geschäftsjahre	0,00	0,00	37.792,63
Summe 22100 Allgemeine Erträge	Erträge:	1.228.950,00	1.229.240,00	1.042.547,13
	Aufwendungen:	0,00	0,00	41.566,63
	Ergebnis:	1.228.950,00	1.229.240,00	1.000.980,50

Kostenstelle 22111 Reinigung + Wirtschaftsbereich

Sachkonto		Soll 2022 EUR	Soll 2021 EUR	Ist 2020 EUR
61081	Personal - Reinigung	37.700,00	35.850,00	29.163,25
64050	Monatsabgrenzung Pers.-Kosten	0,00	0,00	0,00

70811	Reinigungs-u.Desinf.mittel		3.400,00	3.000,00	3.093,54
71111	Fremdleistung Gebäudereinigung		4.200,00	4.200,00	6.411,30
Summe 22111 Reinigung + Wirtschaftsbereich		Erträge:	0,00	0,00	0,00
		Aufwendungen:	45.300,00	43.050,00	38.668,09
		Ergebnis:	-45.300,00	-43.050,00	-38.668,09

Kostenstelle 22113 Verwaltung

Sachkonto			Soll 2022 EUR	Soll 2021 EUR	Ist 2020 EUR
69100	Aufw.innerki.Verw.kostenerst.		76.870,00	27.720,00	25.956,00
70300	Geschäftsaufwand		2.300,00	2.300,00	2.128,69
70320	Bücher, Zeitschriften		200,00	200,00	98,64
70410	Telefon- und Internetkosten		2.260,00	2.200,00	1.016,64
70500	Reisekosten		300,00	450,00	17,40
70950	Mitgliedsbeiträge ab 2022 - KST 22119		0,00	990,00	770,00
Summe 22113 Verwaltung		Erträge:	0,00	0,00	0,00
		Aufwendungen:	81.930,00	33.860,00	29.987,37
		Ergebnis:	-81.930,00	-33.860,00	-29.987,37

Kostenstelle 22114 päd. Sachmittel / Betreuungsaufwand

Sachkonto		Soll 2022 EUR	Soll 2021 EUR	Ist 2020 EUR
40340	Erlöse - Getränke ab 2022 - KST 22240	0,00	2.880,00	2.803,50
50100	Erträge frühere Geschäftsjahre	0,00	0,00	60,00
60140	Getränkekosten ab 2022 - KST 22240	0,00	2.880,00	1.812,56
70220	Spiel-u.Beschäft-material	5.500,00	5.500,00	3.206,09

70230	Veranstaltung		500,00	500,00	361,92
73110	Abschreib. auf Forderungen		0,00	0,00	752,50
75300	Aufw.f.frühere Geschäftsjahre		0,00	0,00	90,00
83319	Zuführung sonstige Rücklagen		0,00	0,00	208,44
Summe 22114 päd. Sachmittel / Betreuungsaufwand		Erträge:	0,00	2.880,00	2.863,50
		Aufwendungen:	6.000,00	8.880,00	6.431,51
		Ergebnis:	-6.000,00	-6.000,00	-3.568,01

Kostenstelle 22117 Med. Therap. Aufwand

Sachkonto			Soll 2022 EUR	Soll 2021 EUR	Ist 2020 EUR
60200	Med.-pflegerischer Sachbedarf		220,00	220,00	0,00
Summe 22117 Med. Therap. Aufwand		Erträge:	0,00	0,00	0,00
		Aufwendungen:	220,00	220,00	0,00
		Ergebnis:	-220,00	-220,00	0,00

Kostenstelle 22118 Inventar

Sachkonto			Soll 2022 EUR	Soll 2021 EUR	Ist 2020 EUR
49200	Ertr.Auflösg.SoPo ohne Fin.d. Ausgleich Konto 65240 + 65290		6.300,00	2.050,00	3.777,97
65240	Abschreib.BGA Ausgleich Konto 49200		5.200,00	1.900,00	1.932,00
65290	Abschreib.GWG Ausgleich Konto 49200		1.100,00	150,00	1.845,97
70800	Aufw.f.Wirtschaftsbedarf Anschaffungen bis 250,00 netto		1.500,00	1.500,00	697,66
74200	Zuf.Sonderp.ohne Finanzdeckung Konto gesperrt!!! Aufwand über Gemeinde		0,00	0,00	0,00
Summe 22118 Inventar		Erträge:	6.300,00	2.050,00	3.777,97
		Aufwendungen:	7.800,00	3.550,00	4.475,63
		Ergebnis:	-1.500,00	-1.500,00	-697,66

Kostenstelle 22119 Fortbildung

Sachkonto			Soll 2022 EUR	Soll 2021 EUR	Ist 2020 EUR
45138	Zusch.Land - Fachberatung		0,00	0,00	620,09
64600	Aus- und Fortbildung		6.600,00	4.600,00	2.390,00
64601	Fachberatung		4.870,00	5.170,00	4.423,01
64603	Fachberatung mit Landesförderg		0,00	0,00	620,09
64608	Aufwand für Audite in 2023		0,00	0,00	0,00
64609	Aufwand für Qualitätsmanagement		12.990,00	12.500,00	0,00
70950	Mitgliedsbeiträge		990,00	0,00	0,00
Summe 22119 Fortbildung		Erträge:	0,00	0,00	620,09
		Aufwendungen:	25.450,00	22.270,00	7.433,10
		Ergebnis:	-25.450,00	-22.270,00	-6.813,01

Kostenstelle 22120 päd. Personalkosten S/H

Sachkonto			Soll 2022 EUR	Soll 2021 EUR	Ist 2020 EUR
50530	Kostenerst.v.Krankenkassen		0,00	0,00	43.385,38
61030	Pers.aufw.privatr.ang.Mitarb.		1.036.050,00	1.090.950,00	946.627,33
64050	Monatsabgrenzung Pers.-Kosten		0,00	0,00	0,00
Summe 22120 päd. Personalkosten S/H		Erträge:	0,00	0,00	43.385,38
		Aufwendungen:	1.036.050,00	1.090.950,00	946.627,33
		Ergebnis:	-1.036.050,00	-1.090.950,00	-903.241,95

Kostenstelle 22124 Personalnebenaufwand

Sachkonto		Soll 2022 EUR	Soll 2021 EUR	Ist 2020 EUR
62200	Gesetzl.Unf.vers.,Berufsgen.	4.000,00	4.150,00	3.951,82
62300	Ausgleichsabgabe SchwbG	500,00	500,00	402,84
64000	Personalbezogener Sachaufwand	830,00	150,00	127,47
64500	Mitarbeitervertretung	5.980,00	5.520,00	4.800,00
64501	Arbeits- und Gesundheitsschutz	2.070,00	2.000,00	2.000,00
64502	Psychische Gefährdungsbeurteilung	1.200,00	1.200,00	46,98
64550	Betr. Eingliederungsmanagement	2.990,00	2.280,00	2.280,00
Summe 22124 Personalnebenaufwand	Erträge:	0,00	0,00	0,00
	Aufwendungen:	17.570,00	15.800,00	13.609,11
	Ergebnis:	-17.570,00	-15.800,00	-13.609,11

Kostenstelle 22130 Gebäude und Aussenanlagen

Sachkonto		Soll 2022 EUR	Soll 2021 EUR	Ist 2020 EUR
71131	Fremdleistungen Hauswartdienst Konto gesperrt!!! Aufwand über Gemeinde	0,00	0,00	0,00
71210	Instandh.Grundst.u.Außenanlag. Konto gesperrt!!! Aufwand über Gemeinde	0,00	0,00	0,00
71220	Instandhaltung Gebäude Konto gesperrt!!! Aufwand über Gemeinde	0,00	0,00	0,00
72110	Abfallgebühren inkl. ReFood	2.190,00	1.950,00	1.873,55
72140	Wasserverbr.-u.Entwäss.geb.	1.850,00	1.750,00	2.072,96
72200	Versicherungen	310,00	310,00	276,10
75210	Heizung, Brennstoffkosten	2.600,00	2.500,00	2.240,00

75220	Strom		7.980,00	9.080,00	7.251,61
Summe 22130 Gebäude und Aussenanlagen		Erträge:	0,00	0,00	0,00
		Aufwendungen:	14.930,00	15.590,00	13.714,22
		Ergebnis:	-14.930,00	-15.590,00	-13.714,22

Kostenstelle 22228 Kita Datenbank

Sachkonto			Soll 2022 EUR	Soll 2021 EUR	Ist 2020 EUR
64600	Aus- und Fortbildung		0,00	0,00	0,00
Summe 22228 Kita Datenbank		Erträge:	0,00	0,00	0,00
		Aufwendungen:	0,00	0,00	0,00
		Ergebnis:	0,00	0,00	0,00

Kostenstelle 22240 Küche SH

Sachkonto			Soll 2022 EUR	Soll 2021 EUR	Ist 2020 EUR
40300	Entgelte Unterkunft/Verpfleg.		73.440,00	73.440,00	44.127,00
40303	Entgelte Verpflegung Corona		0,00	0,00	16.101,00
40340	Erlöse - Getränke		2.880,00	0,00	0,00
45151	Zuschuss v. Gem.-Gutschein Ess Gutschein Essen Bildungs-/Teilhabepaket		0,00	0,00	2.898,00
60100	Verpflegung		49.040,00	50.090,00	35.110,50
60140	Getränkekosten		2.880,00	0,00	0,00
61082	Personal - Küche		24.400,00	23.350,00	18.570,58
73110	Abschreib. auf Forderungen		0,00	0,00	126,00
Summe 22240 Küche SH		Erträge:	76.320,00	73.440,00	63.126,00
		Aufwendungen:	76.320,00	73.440,00	53.807,08
		Ergebnis:	0,00	0,00	9.318,92

Kostenstelle 22264 Sonstige Einnahmen / Ausgaben

Sachkonto		Soll 2022 EUR	Soll 2021 EUR	Ist 2020 EUR
46300	Kollekten	0,00	0,00	0,00
70900	Sonst.Wirtsch.u.Verw.aufw.	0,00	0,00	3.994,16
75300	Aufw.f.frühere Geschäftsjahre	0,00	0,00	1.094,18
83110	Ent. aus der Spende - RL	0,00	0,00	1.598,54
83112	Ent. aus Ausgleichs-RL	0,00	0,00	983,50
83119	Entnahme aus sonstige RL	0,00	0,00	2.506,30
Summe 22264 Sonstige Einnahmen / Ausgaben	Erträge:	0,00	0,00	5.088,34
	Aufwendungen:	0,00	0,00	5.088,34
	Ergebnis:	0,00	0,00	0,00

Haushaltsplan
1208033053 Kita Elb-Arche

Kostenstelle		PLAN Erträge 2022 EUR	PLAN Aufwendungen 2022 EUR	PLAN Ergebnis 2022 EUR	PLAN Erträge 2021 EUR	PLAN Aufwendungen 2021 EUR	PLAN Ergebnis 2021 EUR
22100	Allgemeine Erträge	1.228.950,00	0,00	1.228.950,00	1.229.240,00	0,00	1.229.240,00
22111	Reinigung + Wirtschaftsbereich		45.300,00	-45.300,00		43.050,00	-43.050,00
22113	Verwaltung		81.930,00	-81.930,00		33.860,00	-33.860,00
22114	päd. Sachmittel / Betreuungsaufwand	0,00	6.000,00	-6.000,00	2.880,00	8.880,00	-6.000,00
22117	Med. Therap. Aufwand		220,00	-220,00		220,00	-220,00
22118	Inventar	6.300,00	7.800,00	-1.500,00	2.050,00	3.550,00	-1.500,00
22119	Fortbildung		25.450,00	-25.450,00		22.270,00	-22.270,00
22120	päd. Personalkosten S/H	0,00	1.036.050,00	-1.036.050,00	0,00	1.090.950,00	-1.090.950,00
22124	Personalnebenaufwand		17.570,00	-17.570,00		15.800,00	-15.800,00
22130	Gebäude und Aussenanlagen		14.930,00	-14.930,00		15.590,00	-15.590,00
22228	Kita Datenbank		0,00	0,00		0,00	0,00
22240	Küche SH	76.320,00	76.320,00	0,00	73.440,00	73.440,00	0,00
22264	Sonstige Einnahmen / Ausgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
		1.311.570,00	1.311.570,00	0,00	1.307.610,00	1.307.610,00	0,00

Kindertagesstätte Elb-Arche Haseldorf Haushalt 2022

TOP Ö 9

Kto.Nr. und Bezeichnung	Ist 2019	Plan 2019	*Differenz Ist - Plan 2019*	Ist 2020	Plan 2020	*Differenz Ist - Plan 2020*	Plan 2021	Plan 2022	Unterschied Plan 2021 - 2022	Bemerkungen Haushalt 2022
22100 Allgemeine Erträge										
41600 Elternbeiträge	268.624,77 €	276.280,00 €	*7.655,23 €*	184.320,56 €	264.500,00 €	*80.179,44 €*	272.130,00 €	274.210,00 €	2.080,00 €	**252.330 € Elternentlastung**
41602 Erl. Kindertagesst. Elternbeitr. Corona	- €	- €		74.100,00 €	- €	*- 74.100,00 €*	- €	- €	- €	
41780 Sozialstaffel	90.455,50 €	92.100,00 €	*1.644,50 €*	63.930,11 €	99.500,00 €	*35.569,89 €*	- €	- €	- €	
45130 Zuschuss Land BK Ü3	63.400,00 €	59.500,00 €	*- 3.900,00 €*	57.500,00 €	59.800,00 €	*2.300,00 €*	- €	- €	- €	**Wegfall durch Kita-Reform. Finanzströme laufen über den Haushalt der Gemeinde**
45135 Zuschuss Land U3	63.500,00 €	81.550,00 €	*18.050,00 €*	94.881,00 €	90.590,00 €	*- 4.291,00 €*	- €	- €	- €	
45140 Zuschuss Kreis	4.859,00 €	4.860,00 €	*1,00 €*	4.859,00 €	4.860,00 €	*1,00 €*	- €	- €	- €	
45150 Zuschüsse von Gemeinden -Defizit-	*457.030,00 €*	*457.030,00 €*	- €	*479.130,00 €*	*479.130,00 €*	- €	*957.110,00 €*	*954.740,00 €*	- 2.370,00 €	
45900 Kostenausgleich	30.050,69 €	19.900,00 €	*- 10.150,69 €*	43.462,83 €	19.200,00 €	*- 24.262,83 €*	- €	- €	- €	**Wegfall durch Kita-Reform. Zukünftig im Wohnsitzanteil der Gemeinden enthalten.**
49500 Erträge a. Auflösung von Rückstellung	- €	- €	- €	2.426,33 €	- €	*- 2.426,33 €*	- €	- €	- €	
50100 Erträge frühere Geschäftsjahre	33.396,35 €	- €	*- 33.396,35 €*	49.222,65 €	- €	*- 49.222,65 €*	- €	- €	- €	
73130 Aufw. Einzelwertberichtigung			- €	3.774,00 €	- €	*- 3.774,00 €*	- €	- €	- €	
75300 aufw.f.frühere Geschäftsjahre	63.146,25 €		*- 63.146,25 €*	37.792,63 €	- €	*- 37.792,63 €*	- €	- €	- €	
Summe Erträge	***1.011.316,31 €***	***991.220,00 €***	***- 20.096,31 €***	***1.053.832,48 €***	***1.017.580,00 €***	***- 36.252,48 €***	***1.229.240,00 €***	***1.228.950,00 €***	***-290,00 €***	
Summe Aufwendungen	***63.146,25 €***	***- €***	***- 63.146,25 €***	***41.566,63 €***	***- €***	***- 41.566,63 €***	***- €***	***- €***	***0,00 €***	
Ergebis	***948.170,06 €***	***991.220,00 €***	***43.049,94 €***	***1.012.265,85 €***	***1.017.580,00 €***	***5.314,15 €***	***1.229.240,00 €***	***1.228.950,00 €***	***-290,00 €***	
22111 Reinigung + Wirtschaftsbereich										
61074 Aufw.f.Aushilfen n. Stellenplan	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	0,00 €	
61076 Aufw.f.ehrenamt.Tät.b. 720 €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	0,00 €	
61081 Personal - Reinigung	31.390,69 €	25.350,00 €	*- 6.040,69 €*	29.163,25 €	26.100,00 €	*- 3.063,25 €*	35.850,00 €	37.700,00 €	1.850,00 €	**Die Personalkosten sind aufgrund der Ist-Werte von 02/2021 und um 2 % erhöht worden.**
64050 Monatsabgrenzung Pers.-Kosten				- €	- €	- €	- €	- €	0,00 €	
70811 Reinigungs-u.Desinf.mittel	2.852,56 €	3.000,00 €	*147,44 €*	3.093,54 €	3.000,00 €	*- 93,54 €*	3.000,00 €	3.400,00 €	400,00 €	**Erhöhung des Ansatzes aufgrund höherer Anforderungen Hygiene**
71111 Fremdleistung Gebäudereinigung	4.022,20 €	3.500,00 €	*- 522,20 €*	6.411,30 €	3.500,00 €	*- 2.911,30 €*	4.200,00 €	4.200,00 €	0,00 €	**Für Fensterreinigung & Grundreinigung Fußböden**
Summe Erträge	***- €***	***- €***	***- €***	***- €***	***- €***	***- €***	***- €***	***- €***	***0,00 €***	
Summe Aufwendungen	***38.265,45 €***	***31.850,00 €***	***- 6.415,45 €***	***38.668,09 €***	***32.600,00 €***	***- 6.068,09 €***	***43.050,00 €***	***45.300,00 €***	***2.250,00 €***	
Summe	***- 38.265,45 €***	***- 31.850,00 €***	***6.415,45 €***	***- 38.668,09 €***	***- 32.600,00 €***	***6.068,09 €***	***- 43.050,00 €***	***- 45.300,00 €***	***-2.250,00 €***	
22113 Verwaltung										
69100 Aufw.innerki.Verw.kostenerst.	26.712,00 €	27.720,00 €	*- 1.008,00 €*	25.956,00 €	27.720,00 €	*1.764,00 €*	27.720,00 €	76.870,00 €	49.150,00 €	**Erhöhung durch Anpassungen im Finanzierungsvertrag: 7 % der Personalkosten**
70300 Geschäftsaufwand	1.553,80 €	2.000,00 €	*- 446,20 €*	2.128,69 €	2.300,00 €	*171,31 €*	2.300,00 €	2.300,00 €	0,00 €	
70320 Bücher, Zeitschriften	51,50 €	200,00 €	*- 148,50 €*	98,64 €	200,00 €	*101,36 €*	200,00 €	200,00 €	0,00 €	

Kto.Nr. und Bezeichnung	Ist 2019	Plan 2019	*Differenz Ist - Plan 2019*	Ist 2020	Plan 2020	*Differenz Ist - Plan 2020*	Plan 2021	Plan 2022	Unterschied Plan 2021 - 2022	Bemerkungen Haushalt 2022
70410 Telefon- und Internetkosten	949,85 €	1.010,00 €	*- 60,15 €*	1.016,64 €	1.000,00 €	*- 16,64 €*	2.200,00 €	2.260,00 €	60,00 €	**Telekom, Pflege Internetseite, Family App**
70500 Reisekosten	301,49 €	300,00 €	*1,49 €*	17,40 €	450,00 €	*432,60 €*	450,00 €	300,00 €	-150,00 €	
70950 Mitgliedsbeiträge	770,00 €	770,00 €	*- €*	770,00 €	770,00 €	*- €*	990,00 €	*- €*	-990,00 €	**ab 2022 unter 22119**
Summe Erträge	***- €***	***- €***	***- €***	***- €***	***- €***	***- €***	***- €***	***- €***	***0,00 €***	
Summe Aufwendungen	***30.338,64 €***	***32.000,00 €***	***- 1.661,36 €***	***29.987,37 €***	***32.440,00 €***	***2.452,63 €***	***33.860,00 €***	***81.930,00 €***	***48.070,00 €***	
Summe	***- 30.338,64 €***	***- 32.000,00 €***	***1.661,36 €***	***- 29.987,37 €***	***- 32.440,00 €***	***- 2.452,63 €***	***- 33.860,00 €***	***- 81.930,00 €***	***-48.070,00 €***	
22114 päd.Sachmittel / Betreuungsaufwand										
40340 Erlöse - Getränke	2.866,50 €	2.880,00 €	*13,50 €*	2.803,50 €	2.880,00 €	*76,50 €*	2.880,00 €	*- €*	-2.880,00 €	**ab 2022 unter 22240**
50100 Erträge frühere Geschäftsjahre	9,00 €	*- €*	*- 9,00 €*	60,00 €	*- €*	*- 60,00 €*	*- €*	*- €*	0,00 €	
60140 Getränkekosten	2.240,54 €	2.880,00 €	*639,46 €*	1.812,56 €	2.880,00 €	*1.067,44 €*	2.880,00 €	*- €*	-2.880,00 €	**ab 2022 unter 22240**
70220 Spiel- und Beschäftmaterial	3.413,29 €	5.500,00 €	*2.086,71 €*	3.206,09 €	5.500,00 €	*2.293,91 €*	5.500,00 €	5.500,00 €	0,00 €	
70230 Veranstaltung	665,73 €	500,00 €	*- 165,73 €*	361,92 €	500,00 €	*138,08 €*	500,00 €	500,00 €	0,00 €	
73110 Abschreib. Auf Forderungen	*- €*	*- €*	*- €*	752,50 €	*- €*	*- 752,50 €*	*- €*	*- €*	0,00 €	
74100 Zuf.Sonderp.m.Finanzdeckung	20,00 €	*- €*	*- 20,00 €*	*- €*	*- €*	*- €*	*- €*	*- €*	0,00 €	
75300 Aufw.f.frühere Geschäftsjahre	15,00 €	*- €*	*- 15,00 €*	90,00 €	*- €*	*- 90,00 €*	*- €*	*- €*	0,00 €	
83319 Zuführung sonstige Rücklagen	599,96 €	*- €*	*- 599,96 €*	208,44 €	*- €*	*- 208,44 €*	*- €*	*- €*	0,00 €	
Summe Erträge	***2.875,50 €***	***2.880,00 €***	***- 4,50 €***	***2.863,50 €***	***2.880,00 €***	***16,50 €***	***2.880,00 €***	***- €***	***-2.880,00 €***	
Summe Aufwendungen	***6.954,52 €***	***8.880,00 €***	***- 1.925,48 €***	***6.431,51 €***	***8.880,00 €***	***2.448,49 €***	***8.880,00 €***	***6.000,00 €***	***-2.880,00 €***	
Ergebnis	***- 4.079,02 €***	***- 6.000,00 €***	***1.920,98 €***	***- 3.568,01 €***	***- 6.000,00 €***	***- 2.431,99 €***	***- 6.000,00 €***	***- 6.000,00 €***	***0,00 €***	
22117 Med. Therap.Aufwand										
60200 Med.-pflegerischer Sachbedarf	*- €*	220,00 €	*220,00 €*	*- €*	220,00 €	*220,00 €*	220,00 €	220,00 €	0,00 €	
Summe Erträge	***- €***	***- €***	***- €***	***- €***	***- €***	***- €***	***- €***	***- €***	***0,00 €***	
Summe Aufwendungen	***- €***	***220,00 €***	***- 220,00 €***	***- €***	***220,00 €***	***220,00 €***	***220,00 €***	***220,00 €***	***0,00 €***	
Ergebnis	***- €***	***- 220,00 €***	***220,00 €***	***- €***	***- 220,00 €***	***- 220,00 €***	***- 220,00 €***	***- 220,00 €***	***0,00 €***	
								- €		
22118 Inventar										
49200 Ertr.Auflösg.SoPo ohne Fin.d.	806,51 €	530,00 €	*- 276,51 €*	3.777,97 €	480,00 €	*- 3.297,97 €*	2.050,00 €	6.300,00 €	4.250,00 €	
65240 Abschreib. BGA Ausgl.Konto 49200	549,66 €	160,00 €	*- 389,66 €*	1.932,00 €	270,00 €	*- 1.662,00 €*	1.900,00 €	5.200,00 €	3.300,00 €	**gegenseitige Deckung**
65290 Abschreib. GWG Ausgl. Konto 49200	256,85 €	370,00 €	*113,15 €*	1.845,97 €	210,00 €	*- 1.635,97 €*	150,00 €	1.100,00 €	950,00 €	
70800 Aufw.f.Wirtschaftsbedarf	1.179,49 €	1.100,00 €	*- 79,49 €*	697,66 €	1.100,00 €	*402,34 €*	1.500,00 €	1.500,00 €	0,00 €	**Anschaffung von Kleinstmaterial**
70900 Sonst.Wirtsch.u.Verw.aufw. Außegelände mit Finanz. RL-Getränke	779,02 €	*- €*	*- 779,02 €*	*- €*	*- €*	*- €*	*- €*	*- €*	0,00 €	
74200 Zuf.Sonderp.ohne Finanzdeckung	13.435,44 €	1.500,00 €	*- 11.935,44 €*	*- €*	*- €*	*- €*	*- €*	*- €*	0,00 €	
83119 Entnahme aus sonstige RL	11.728,47 €	*- €*	*- 11.728,47 €*	*- €*	*- €*	*- €*	*- €*	*- €*	0,00 €	
Summe Erträge	***12.534,98 €***	***530,00 €***	***- 12.004,98 €***	***3.777,97 €***	***480,00 €***	***- 3.297,97 €***	***2.050,00 €***	***6.300,00 €***	***4.250,00 €***	
Summe Aufwendungen	***16.200,46 €***	***3.130,00 €***	***- 13.070,46 €***	***4.475,63 €***	***1.580,00 €***	***- 2.895,63 €***	***3.550,00 €***	***7.800,00 €***	***4.250,00 €***	
Ergebnis	***- 3.665,48 €***	***- 2.600,00 €***	***1.065,48 €***	***- 697,66 €***	***- 1.100,00 €***	***- 402,34 €***	***- 1.500,00 €***	***- 1.500,00 €***	***0,00 €***	

Kto.Nr. und Bezeichnung	Ist 2019	Plan 2019	*Differenz Ist - Plan 2019*	Ist 2020	Plan 2020	*Differenz Ist - Plan 2020*	Plan 2021	Plan 2022	Unterschied Plan 2021 - 2022	Bemerkungen Haushalt 2022
22119 Fortbildung										
45138 Zusch.Land - Fachberatung				620,09 €	- €	*- 620,09 €*	- €	- €	0,00 €	
45142 Zuschuss Kreis - Qualitätsentw.	473,03 €	- €	*473,03 €*	- €	- €	- €	- €		0,00 €	
64600 Aus- und Fortbildung	2.070,00 €	3.060,00 €	*- 990,00 €*	2.390,00 €	3.060,00 €	*670,00 €*	4.600,00 €	6.600,00 €	2.000,00 €	**200 € x 23 Mitarbeiter zzgl. Supervision aufgrund der Pandemie**
64601 Fachberatung	3.938,20 €	3.880,00 €	*58,20 €*	4.423,01 €	3.880,00 €	*- 543,01 €*	5.170,00 €	4.870,00 €	-300,00 €	**Die Aufwendungen wurden bis 12/2020 vom Land über Erlasse refinanziert. § 20 KiTaG regelt, dass der Einrichtungsträger kontinuierlich eine pädagogische Fachberatung in Anspruch nimmt.**
64603 Fachberatung mit Landesförderung				620,09 €	- €	*- 620,09 €*	- €	- €	0,00 €	
64608 Aufwand für Audite in 2022 bzw. 2023				- €	- €	- €	- €	- €	0,00 €	
64609 Aufwand für Qualitätsmanagement	473,03 €	- €	*473,03 €*	- €	- €	**- €**	12.500,00 €	12.990,00 €	490,00 €	**§ 20 KiTaG bedeutet einen fortlaufenden, systematischen Prozezz der Qualtitätsentwicklung und -sicherung.**
70950 Mitgliedsbeiträge	- €	- €	- €	- €	- €	**- €**	- €	990,00 €	990,00 €	**bisher unter 22113 9 € x 110 Kinder für Mitgliedsbeitrag VEK**
Summe Erträge	***473,03 €***	***- €***	***473,03 €***	***620,09 €***	***- €***	***- €***	***- €***	***- €***	***0,00 €***	
Summe Aufwendungen	***6.481,23 €***	***6.940,00 €***	***- 458,77 €***	***7.433,10 €***	***6.940,00 €***	***- 493,10 €***	***22.270,00 €***	***25.450,00 €***	***3.180,00 €***	
Ergebnis	***- 6.008,20 €***	***- 6.940,00 €***	***931,80 €***	***- 6.813,01 €***	***- 6.940,00 €***	***- 126,99 €***	***- 22.270,00 €***	***- 25.450,00 €***	***-3.180,00 €***	
22120 päd. Personalkosten S/H										
45169 Zusch.Land - 0,5 Fachkraft	28.829,35 €	17.800,00 €	*11.029,35 €*	- €	28.250,00 €	28.250,00 €	- €	- €	0,00 €	**Wegfall durch Kita-Reform**
50530 Kostenerst. V. Krankenkassen	32.153,68 €	- €	*32.153,68 €*	43.385,38 €	- €	- 43.385,38 €	- €	- €	0,00 €	
61030 Pers.aufw.privatr.ang.Mitarb.	886.253,17 €	876.750,00 €	*9.503,17 €*	946.627,33 €	912.440,00 €	- 34.187,33 €	1.090.950,00 €	1.036.050,00 €	-54.900,00 €	**Die Personalkosten sind aufgrund der Ist-Werte von 02/2021 und um 2 % erhöht worden.**
61039 Personalauw. - 0,5 Fachkraft	28.829,35 €	17.800,00 €	*11.029,35 €*	- €	28.250,00 €	28.250,00 €	- €	- €	0,00 €	**Wegfall durch Kita-Reform**
61079 Weit.so.Perso.a.Lohn-u.Geh.ch. Rzertifizierung Güte Siegel	2.353,19 €	1.500,00 €	*853,19 €*	- €	- €	- €	- €	- €	0,00 €	**Überprüfung erfolgt alle 3 Jahre.**
Summe Erträge	***60.983,03 €***	***17.800,00 €***	***43.183,03 €***	***43.385,38 €***	***28.250,00 €***	***- 15.135,38 €***	***- €***	***- €***	***0,00 €***	
Summe Aufwendungen	***917.435,71 €***	***896.050,00 €***	***21.385,71 €***	***946.627,33 €***	***940.690,00 €***	***- 5.937,33 €***	***1.090.950,00 €***	***1.036.050,00 €***	***-54.900,00 €***	
Ergebnis	***- 856.452,68 €***	***- 878.250,00 €***	***21.797,32 €***	***- 903.241,95 €***	***- 912.440,00 €***	***- 9.198,05 €***	***- 1.090.950,00 €***	***- 1.036.050,00 €***	***54.900,00 €***	
22124 Personalnebenaufwand										
62200 Gesetzl.Unf.vers.,Berufsgen.	370,01 €	2.550,00 €	*- 2.179,99 €*	3.951,82 €	2.550,00 €	- 1.401,82 €	4.150,00 €	4.000,00 €	-150,00 €	**Grundlage sind die tatsächlichen Kosten des Vorjahres.**

Kto.Nr. und Bezeichnung	Ist 2019	Plan 2019	*Differenz Ist - Plan 2019*	Ist 2020	Plan 2020	*Differenz Ist - Plan 2020*	Plan 2021	Plan 2022	Unterschied Plan 2021 - 2022	Bemerkungen Haushalt 2022
62300 Ausgleichsabgabe SchwbG	465,70 €	1.300,00 €	*- 834,30 €*	402,84 €	480,00 €	*77,16 €*	500,00 €	500,00 €	0,00 €	Die Zahlung erfolgt für das Vorjahr. Die Abgabe wird pauschal für alle Einrichtungen gezahlt und dann anteilsmäßig verteilt.
64000 Personalbezogener Sachaufwand	25,00 €	150,00 €	*- 125,00 €*	127,47 €	150,00 €	*22,53 €*	150,00 €	830,00 €	680,00 €	25 € x 27 Mitarbeiter zzgl. Führungszeugnis, Impfungen
64500 Mitarbeitervertretung	5.510,00 €	4.140,00 €	*1.370,00 €*	4.800,00 €	5.520,00 €	*720,00 €*	5.520,00 €	5.980,00 €	460,00 €	Umlage für freigestellte Mitarbeiter im Kirchenkreis. 260 € / Mitarbeiter: Stand März 2021: 23 Mitarbeiter
64501 Arbeits- und Gesundheitsschutz				2.000,00 €	2.000,00 €	*- €*	2.000,00 €	2.070,00 €	70,00 €	Umlage 90 € / Mitarbeiter Stand März 2021: 23 Mitarbeiter
64502 Psychische Gefährungsbeurteilung				46,98 €	- €	*- 46,98 €*	1.200,00 €	1.200,00 €	0,00 €	Vorgabe Arbeitsschutzgesetz
64550 Betr. Eingliederungsmanagement	2.088,00 €	1.470,00 €	*618,00 €*	2.280,00 €	2.280,00 €	*- €*	2.280,00 €	2.990,00 €	710,00 €	Umlage der Pers.-kosten des Mitarbeiters für die Koorditnation der Wiedereingliederung der Mitarbeiter. 130 € / Mitarbeiter: Stand März 2021: 23 Mitarbeiter
Summe Erträge	***- €***	***- €***	***- €***	***- €***	***- €***	***- €***	***- €***	***- €***	***0,00 €***	
Summe Aufwendungen	***8.458,71 €***	***9.610,00 €***	***- 1.151,29 €***	***13.609,11 €***	***12.980,00 €***	***- 629,11 €***	***15.800,00 €***	***17.570,00 €***	***1.770,00 €***	
Ergebnis	***- 8.458,71 €***	***- 9.610,00 €***	***1.151,29 €***	***- 13.609,11 €***	***- 12.980,00 €***	***629,11 €***	***- 15.800,00 €***	***- 17.570,00 €***	***-1.770,00 €***	
22130 Gebäude und Aussenanlagen										
50100 Erträge frühere Geschäftsjahre	70,26 €	- €	*70,26 €*	- €	- €	*- €*	- €	- €	0,00 €	
71131 Fremdleistungen Hauswartdienst	- €	3.000,00 €	*- 3.000,00 €*	- €	- €	*- €*	- €	- €	0,00 €	Lt. Absprache im Dez 2018 übernimmt der Amtsbauhof die Tätigkeiten.
71210 Instandh.Grundst.u.Außenanlag.	- €	4.200,00 €	*- 4.200,00 €*	- €	- €	*- €*	- €	- €	0,00 €	
71220 Instandhaltung Gebäude	- €	3.050,00 €	*- 3.050,00 €*	- €	- €	*- €*	- €	- €	0,00 €	
72110 Abfallgebühren inkl. ReFood	1.502,44 €	1.350,00 €	*152,44 €*	1.873,55 €	1.750,00 €	*- 123,55 €*	1.950,00 €	2.190,00 €	240,00 €	GAB und ReFood
72140 Wasserverbr.-u.Entwäss.geb.	1.561,74 €	2.000,00 €	*- 438,26 €*	2.072,96 €	1.750,00 €	*- 322,96 €*	1.750,00 €	1.850,00 €	100,00 €	
72150 Schornsteinreinigung		50,00 €	*- 50,00 €*	- €	50,00 €	*50,00 €*	- €	- €	0,00 €	
72200 Versicherungen	276,10 €	280,00 €	*- 3,90 €*	276,10 €	280,00 €	*3,90 €*	310,00 €	310,00 €	0,00 €	2,76 € / Platz (1,87 € Haftpflicht; 0,89 € Unfall) = 303,60 €; Gebäude- & Inventarversicherung: Gemeinden
75210 Heizung, Brennstoffkosten	2.378,04 €	2.600,00 €	*- 221,96 €*	2.240,00 €	2.280,00 €	*40,00 €*	2.500,00 €	2.600,00 €	100,00 €	Die Hochrechnung erfolgt auf Grundlage der letzten Abrechnung.
75220 Strom	8.249,28 €	7.220,00 €	*1.029,28 €*	7.251,61 €	6.750,00 €	*- 501,61 €*	9.080,00 €	7.980,00 €	-1.100,00 €	
Summe Erträge	***70,26 €***	***- €***	***70,26 €***	***- €***	***- €***	***- €***	***- €***	***- €***	***0,00 €***	
Summe Aufwendungen	***13.967,60 €***	***23.750,00 €***	***- 9.782,40 €***	***13.714,22 €***	***12.860,00 €***	***- 854,22 €***	***15.590,00 €***	***14.930,00 €***	***-660,00 €***	
Ergebnis	***- 13.897,34 €***	***- 23.750,00 €***	***9.852,66 €***	***- 13.714,22 €***	***- 12.860,00 €***	***854,22 €***	***- 15.590,00 €***	***- 14.930,00 €***	***660,00 €***	

Kto.Nr. und Bezeichnung	Ist 2019	Plan 2019	*Differenz Ist - Plan 2019*	Ist 2020	Plan 2020	*Differenz Ist - Plan 2020*	Plan 2021	Plan 2022	Unterschied Plan 2021 - 2022	Bemerkungen Haushalt 2022
22216 Sprachförderung										
45136 Zuschuss Land - Sprachförderung	6.812,22 €	8.000,00 €	*- 1.187,78 €*	7.034,20 €	9.600,00 €	2.565,80 €	- €	- €	0,00 €	
61030 Pers.aufw.privatr.ang. Mitarb.	6.812,22 €	8.000,00 €	*- 1.187,78 €*	7.034,20 €	9.600,00 €	2.565,80 €	- €	- €	0,00 €	**Ab 2021 gibt es keine gesonderte Förderung der Sprachförderung mehr.**
Summe Erträge	***6.812,22 €***	***8.000,00 €***	***- 1.187,78 €***	***7.034,20 €***	***9.600,00 €***	***2.565,80 €***	***- €***	***- €***	***0,00 €***	
Summe Aufwendungen	***6.812,22 €***	***8.000,00 €***	***- 1.187,78 €***	***7.034,20 €***	***9.600,00 €***	***2.565,80 €***	***- €***	***- €***	***0,00 €***	
Ergebnis	***- €***	***- €***	***- €***	***- €***	***- €***	***- €***	***- €***	***- €***	***0,00 €***	
22228 Kita Datenbank										
64600 Aus- und Fortbildung	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	0,00 €	
Summe Erträge	***- €***	***- €***	***- €***	***- €***	***- €***	***- €***	***- €***	***- €***	***- €***	
Summe Aufwendungen	***#BEZUG!***	***- €***	***- €***	***- €***	***- €***	***- €***	***- €***	***- €***	***- €***	
Ergebnis	***#BEZUG!***	***- €***	***- €***	***- €***	***- €***	***- €***	***- €***	***- €***	***- €***	
22240 Küche SH										
40300 Entgelte Unterkunft/Verpfleg.	60.538,50 €	68.040,00 €	*- 7.501,50 €*	44.127,00 €	68.040,00 €	*23.913,00 €*	73.440,00 €	73.440,00 €	0,00 €	**90 Kinder x 68 € x 12 Monate**
40303 Entgelte Verpflegung Corona	- €	- €	- €	16.101,00 €	- €	*- 16.101,00 €*	- €	- €	0,00 €	
40340 Erlöse Getränke	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	2.880,00 €	2.880,00 €	**vorher bei 22114 80 Kinder x 3 € x 12 Monate**
45151 Zuschuss v. Gem.-Gutschein Ess	2.745,00 €	- €	*2.745,00 €*	2.898,00 €	- €	*- 2.898,00 €*	- €	- €	0,00 €	
50100 Erträge frühere Geschäftsjahre	21,50 €	- €	*21,50 €*		- €	- €	- €		0,00 €	
60100 Verpflegung	45.977,30 €	44.000,00 €	*1.977,30 €*	35.110,50 €	43.140,00 €	*8.029,50 €*	50.090,00 €	49.040,00 €	-1.050,00 €	
60140 Getränkekosten	- €	- €	- €	- €	- €	- €	- €	2.880,00 €	2.880,00 €	**vorher bei 22114**
61082 Personal - Küche	19.988,94 €	24.040,00 €	*- 4.051,06 €*	18.570,58 €	24.900,00 €	*6.329,42 €*	23.350,00 €	24.400,00 €	1.050,00 €	**Personalkosten inkl. Vertretungskosten**
64050 Monatsabgrenzung Pers.-Kosten	- €	- €		- €	- €	- €	- €	- €	0,00 €	
70900 Sonst.Wirtsch.u.Verw.aufw.	143,00 €	- €	*143,00 €*	- €	- €	- €	- €	- €	0,00 €	
73110 Abschreib. auf Forderungen	- €	- €	- €	126,00 €	- €	- 126,00 €	- €	- €	0,00 €	
83317 Entnahme RL Küche	2.804,24 €	- €	*2.804,24 €*	- €	- €	- €	- €	- €	0,00 €	
Summe Erträge	***66.109,24 €***	***68.040,00 €***	***- 1.930,76 €***	***63.126,00 €***	***68.040,00 €***	***4.914,00 €***	***73.440,00 €***	***76.320,00 €***	***2.880,00 €***	
Summe Aufwendungen	***66.109,24 €***	***68.040,00 €***	***- 1.930,76 €***	***53.807,08 €***	***68.040,00 €***	***14.232,92 €***	***73.440,00 €***	***76.320,00 €***	***2.880,00 €***	
Ergebnis	***- €***	***- €***	***- 0,00 €***	***9.318,92 €***	***- €***	***- 9.318,92 €***	***- €***	***- €***	***0,00 €***	
22264 Sonstige Einnahmen / Ausgaben										
46300 Kollekten	580,00 €	- €	*580,00 €*	- €	- €	- €	- €	- €	0,00 €	
49100 Ertr.Auflösg.SoPo m.Fin.d.	220,19 €	- €	*220,19 €*	- €	- €	- €	- €	- €	0,00 €	
70900 Sonst.Wirtsch.u.Verw.aufw.	- €	- €	- €	3.994,16 €	- €	*- 3.994,16 €*	- €	- €	0,00 €	
75300 Aufw.f.frühere Geschäftsjahre	- €	- €	- €	1.094,18 €	- €	*- 1.094,18 €*	- €	- €	0,00 €	**Die Kostenstelle dient der Verwendung für die Kita.**
83310 Zuführg. An RL Spenden	800,19 €	- €	*800,19 €*	- €	- €	- €	- €	- €	0,00 €	
83110 Ent. Aus der Spende-RL	- €	- €	- €	1.598,54 €	- €	*- 1.598,54 €*	- €	- €	0,00 €	
83112 Ent. aus Ausgleichs-RL	- €	- €	- €	983,50 €	- €	*- 983,50 €*	- €	- €	0,00 €	

Kto.Nr. und Bezeichnung	Ist 2019	Plan 2019	*Differenz Ist - Plan 2019*	Ist 2020	Plan 2020	*Differenz Ist - Plan 2020*	Plan 2021	Plan 2022	Unterschied Plan 2021 - 2022		Bemerkungen Haushalt 2022
83119 Entnahme aus sonstige RL	- €	- €	- €	2.506,30 €	- €	- 2.506,30 €	- €	- €	0,00 €		
Summe Erträge	***800,19 €***	***- €***	***800,19 €***	***5.088,34 €***	***- €***	***- 5.088,34 €***	***- €***	***- €***	***- €***		
Summe Aufwendungen	***800,19 €***	***- €***	***800,19 €***	***5.088,34 €***	***- €***	***- 5.088,34 €***	***- €***	***- €***	***- €***		
Ergebnis	***- €***	***- €***	***- €***	***- €***	***- €***	***- €***	***- €***	***- €***	***0,00 €***		
22300 Sonderkostenstelle Abrechnung											
45138 zusch.Land - Fachberatung	- €	- €	- €	1.379,91 €	- €	- 1.379,91 €	- €	- €			
45142 Zuschuss Kreis - Qualitätsentwicklung	13.147,00 €	- €	- 13.147,00 €	9.107,10 €	- €	- 9.107,10 €	- €	- €	0,00 €		**siehe unter 22119-64609**
61030 Pers.aufw.privatr.ang.Mitarb.	13.147,00 €	- €	- 13.147,00 €	9.107,10 €	- €	- 9.107,10 €	- €	- €	0,00 €		
64603 Fachberatung mit Landesförderung	- €	- €	- €	1.379,91 €	- €	- 1.379,91 €	- €	- €			
Summe Erträge	***13.147,00 €***	***- €***	***- 13.147,00 €***	***10.487,01 €***	***- €***	***- 10.487,01 €***	***- €***	***- €***	***- €***		
Summe Aufwendungen	***13.147,00 €***	***- €***	***- 13.147,00 €***	***10.487,01 €***	***- €***	***- 10.487,01 €***	***- €***	***- €***	***- €***		
Ergebnis	***- €***	***- €***	***- €***	***- €***	***- €***	***- €***	***- €***	***- €***	***0,00 €***		
Erträge	***1.161.174,57 €***	***1.088.470,00 €***	***8.501,99 €***	***1.190.214,97 €***	***1.126.830,00 €***	***- 62.764,88 €***	***1.307.610,00 €***	***1.311.570,00 €***	***3.960,00 €***		
Aufwendungen	***1.174.170,03 €***	***1.088.470,00 €***	***- 79.564,29 €***	***1.178.929,62 €***	***1.126.830,00 €***	***- 52.099,62 €***	***1.307.610,00 €***	***1.311.570,00 €***	***3.960,00 €***		
Ergebnis	***- 12.995,46 €***	***- €***	***88.066,28 €***	***11.285,35 €***	***- €***	***- 11.285,35 €***	***- €***	***- €***	***0,00 €***		

Haushaltsplan

2022

1208033053 Kita Elb-Arche

Im Ev.-Luth. Kirchenkreis Hamburg-West/Südholstein

Dieses Haushaltsplan-Exemplar enthält Erläuterungen und ist deshalb aus Datenschutzgründen nur für den kircheninternen Gebrauch bestimmt.

2. Haushaltsvermerke

1. Personalkosten

Für das Rechnungsjahr 2022 sind die Personalkosten aufgrund der Ist-Werte Februar 2021 angepasst und um 2,0 % erhöht worden.

1.1. Ermittlung der Personalkostenansätze siehe Anlage

1.2. Umlage für Mitarbeitervertretungskosten
Konto 64500.22124 - vorläufig
Anzahl Mitarbeiter lt. MAV-Liste Stand März 2021

Vom Kirchenkreis wird für jede/n Mitarbeiter/in eine		Anzahl MA	Gesamt
Umlage erhoben in Höhe von ca.	260,00 €	23	5.980

1.3 Umlage für Arbeits- und Gesundheitsschutz
Konto 64501.22124

Vom Kirchenkreis wird für jede/n Mitarbeiter/in eine		Anzahl MA	Gesamt
Umlage erhoben in Höhe von ca.	90,00 €	23	2.070

1.4 Umlage für Betriebliches Eingliederungsmanagement
Konto 64550.22124

Vom Kirchenkreis wird für jede/n Mitarbeiter/in eine		Anzahl MA	Gesamt
Umlage erhoben in Höhe von ca.	130,00 €	23	2.990

2. Verrechnungen

Im Kiga	Begründung der Verrechnung		2021	2022
bei 221		an	EUR	EUR
69100.13	Verwaltungskosten	Kita Werk KKreis	27.720,00	76.870,50
64601.19	Fachberatung	Fachberatung	5.173,55	4.869,63
64500.24	MAV-Kosten	an KKreis	5.520,00	5.980,00
64501.24	AuG	Kita Werk	2.000,00	2.070,00
64550.24	BEM	Kita Werk	2.280,00	2.990,00
72200.30	Versicherungsprämie - P* -	an KKreis	303,60	303,60

P* = Der Jahresbetrag wird als Pauschalbetrag gezahlt in Höhe der aufgeführten Beträge; in den übrigen Fällen erfolgt eine endgültige Berechnung zum Jahresende entsprechend den festgelegten Maßstäben.

3. Berechnung der Teilnahmebeiträge

lt. gültiger Betriebserlaubnis vom 06.10.2016
Hochrechnung mit 80 Elementar- und 30 Krippenkindern
Lt. Teilnehmerbeiträge mit Gültigkeit ab 01.08.2020

Berechnung laut Kitagesetz ab 01.08.2020	41600/22100	Gesamt	274.210

4. Abgaben / Versicherungen

Konto 72200.22130
Die Nordkirche hat diverse Sammelversicherungen auch
für den Bereich der Kindertagesstätten abgeschlossen.
Die anteiligen Versicherungsprämien werden an den KKreis abgeführt.
Die Anzahl der Kinder ergibt sich aus der gültigen Betriebserlaubnis.
Prämien für die Berechnung wurden am 04.05.2021 neu festgestellt.
Die Gebäudeversicherung entfällt, da Eigentümer des Gebäudes
die kommunale Gemeinde Haseldorf und die Gemeinde Haselau sind.
Die Inventarversicherung wird ebenfalls von der Gemeinde Haseldorf
und der Gemeinde Haselau übernommen.

	Anzahl	Euro	
€ 1,87 für Haftpflicht je Platz	110 Plätze	205,70	
€ 0,89 für Unfall je Platz	110 Plätze	97,90	
an den Kirchenkreis	Zwischensumme	303,60	
		Ansatz	310

5. Betriebskostenzuschuss der Gemeinden Haseldorf / Haselau 2022

Konto 45150.22100
Berechnung:

Summe der Aufwendungen	1.311.570
./. Summe der Erträge (ohne 45150.22100)	356.830
verbleibender Betriebskostenzuschuss	954.740

Kostenstelle 22100 Allgemeine Erträge

Sachkonto		Soll 2022 EUR	Soll 2021 EUR	Ist 2020 EUR
41600	Erl.Kindertagesst.Elternbeitr.	274.210,00	272.130,00	184.320,56
41602	Erl. Kindertagesst. Elternbeitr.Corona	0,00	0,00	74.100,00
41780	Sozialstaffel Ansatz unter 41600	0,00	0,00	63.930,11
45130	Zuschüsse der Länder	0,00	0,00	57.500,00
45135	Zuschuss Land - U3 Förderung	0,00	0,00	94.881,00
45140	Zuschüsse von Kreisen	0,00	0,00	4.859,00
45150	Zuschüsse von Gemeinden Ausgleich Defizit	954.740,00	957.110,00	467.844,65
45900	Kostenausgleich	0,00	0,00	43.462,83
49500	Erträge a. Auflösung von Rückstellung	0,00	0,00	2.426,33
50100	Erträge frühere Geschäftsjahre	0,00	0,00	49.222,65
73110	Abschreib. auf Forderungen	0,00	0,00	3.774,00
75300	Aufw.f.frühere Geschäftsjahre	0,00	0,00	37.792,63
Summe 22100 Allgemeine Erträge	Erträge:	1.228.950,00	1.229.240,00	1.042.547,13
	Aufwendungen:	0,00	0,00	41.566,63
	Ergebnis:	1.228.950,00	1.229.240,00	1.000.980,50

Kostenstelle 22111 Reinigung + Wirtschaftsbereich

Sachkonto		Soll 2022 EUR	Soll 2021 EUR	Ist 2020 EUR
61081	Personal - Reinigung	37.700,00	35.850,00	29.163,25
64050	Monatsabgrenzung Pers.-Kosten	0,00	0,00	0,00

70811	Reinigungs-u.Desinf.mittel		3.400,00	3.000,00	3.093,54
71111	Fremdleistung Gebäudereinigung		4.200,00	4.200,00	6.411,30
Summe 22111 Reinigung + Wirtschaftsbereich		Erträge:	0,00	0,00	0,00
		Aufwendungen:	45.300,00	43.050,00	38.668,09
		Ergebnis:	-45.300,00	-43.050,00	-38.668,09

Erläuterungen zu 22111 Reinigung + Wirtschaftsbereich

70811	Erhöhung des Ansatzes aufgrund höherer Anforderungen Hygiene		
71111	Berechnung:		
	Fensterreinigung	ca.	1.500
	Grundreinigung Fußböden	1 x jährlich ca.	2.700
		Ansatz	4.200

Kostenstelle 22113 Verwaltung

Sachkonto			Soll 2022 EUR	Soll 2021 EUR	Ist 2020 EUR
69100	Aufw.innerki.Verw.kostenerst.		76.870,00	27.720,00	25.956,00
70300	Geschäftsaufwand		2.300,00	2.300,00	2.128,69
70320	Bücher, Zeitschriften		200,00	200,00	98,64
70410	Telefon- und Internetkosten		2.260,00	2.200,00	1.016,64
70500	Reisekosten		300,00	450,00	17,40
70950	Mitgliedsbeiträge ab 2022 - KST 22119		0,00	990,00	770,00
Summe 22113 Verwaltung		Erträge:	0,00	0,00	0,00
		Aufwendungen:	81.930,00	33.860,00	29.987,37
		Ergebnis:	-81.930,00	-33.860,00	-29.987,37

Erläuterungen siehe folgende Seite

Erläuterungen zu 22113 Verwaltung

69100	Berechnung:			
	Pädagogisches Personal	61030-22120	1.036.050	
	Personal - Reinigung	61081-22111	37.700	
	Personal - Küche	61082-22240	24.400	
		Gesamt	1.098.150	
		hiervon 7%	76.870,50	
			Ansatz	76.870
70410	Berechnung:			
	Telekom	12 x 50,00 €	600	
	Internetservice - Pflege eva.kita.de		460	
	Famly App		1.200	
			Ansatz	2.260

Kostenstelle 22114 päd. Sachmittel / Betreuungsaufwand

Sachkonto		Soll 2022 EUR	Soll 2021 EUR	Ist 2020 EUR
40340	Erlöse - Getränke ab 2022 - KST 22240	0,00	2.880,00	2.803,50
50100	Erträge frühere Geschäftsjahre	0,00	0,00	60,00
60140	Getränkekosten ab 2022 - KST 22240	0,00	2.880,00	1.812,56
70220	Spiel-u.Beschäft-material	5.500,00	5.500,00	3.206,09
70230	Veranstaltung	500,00	500,00	361,92
73110	Abschreib. auf Forderungen	0,00	0,00	752,50
75300	Aufw.f.frühere Geschäftsjahre	0,00	0,00	90,00
83319	Zuführung sonstige Rücklagen	0,00	0,00	208,44
Summe 22114 päd. Sachmittel / Betreuungsaufwand	Erträge:	0,00	2.880,00	2.863,50
	Aufwendungen:	6.000,00	8.880,00	6.431,51
	Ergebnis:	-6.000,00	-6.000,00	-3.568,01

Kostenstelle 22117 Med. Therap. Aufwand

Sachkonto			Soll 2022 EUR	Soll 2021 EUR	Ist 2020 EUR
60200	Med.-pflegerischer Sachbedarf		220,00	220,00	0,00
Summe 22117 Med. Therap. Aufwand		Erträge:	0,00	0,00	0,00
		Aufwendungen:	220,00	220,00	0,00
		Ergebnis:	-220,00	-220,00	0,00

Kostenstelle 22118 Inventar

Sachkonto			Soll 2022 EUR	Soll 2021 EUR	Ist 2020 EUR
49200	Ertr.Auflösg.SoPo ohne Fin.d. Ausgleich Konto 65240 + 65290		6.300,00	2.050,00	3.777,97
65240	Abschreib.BGA Ausgleich Konto 49200		5.200,00	1.900,00	1.932,00
65290	Abschreib.GWG Ausgleich Konto 49200		1.100,00	150,00	1.845,97
70800	Aufw.f.Wirtschaftsbedarf Anschaffungen bis 250,00 netto		1.500,00	1.500,00	697,66
74200	Zuf.Sonderp.ohne Finanzdeckung Konto gesperrt!!! Aufwand über Gemeinde		0,00	0,00	0,00
Summe 22118 Inventar		Erträge:	6.300,00	2.050,00	3.777,97
		Aufwendungen:	7.800,00	3.550,00	4.475,63
		Ergebnis:	-1.500,00	-1.500,00	-697,66

Erläuterungen zu 22118 Inventar

70800 Berechnung:
Kleinstmaterial Ansatz 1.500

74200 Anschaffungen 2022 erfolgen direkt über die Gemeinden Haselau und Haseldorf:
Tische und Stühle ca. 10.000,00
Spielturm Krippe ca. 3.000,00

Kostenstelle 22119 Fortbildung

Sachkonto			Soll 2022 EUR	Soll 2021 EUR	Ist 2020 EUR
45138	Zusch.Land - Fachberatung		0,00	0,00	620,09
64600	Aus- und Fortbildung		6.600,00	4.600,00	2.390,00
64601	Fachberatung		4.870,00	5.170,00	4.423,01
64603	Fachberatung mit Landesförderg		0,00	0,00	620,09
64608	Aufwand für Audite in 2023		0,00	0,00	0,00
64609	Aufwand für Qualitätsmanagement		12.990,00	12.500,00	0,00
70950	Mitgliedsbeiträge		990,00	0,00	0,00
Summe 22119 Fortbildung		Erträge:	0,00	0,00	620,09
		Aufwendungen:	25.450,00	22.270,00	7.433,10
		Ergebnis:	-25.450,00	-22.270,00	-6.813,01

Erläuterungen zu 22119 Fortbildung

64600 Berechnung:

je Planstelle € 200,00	23 MA x 200,-	4.600	
Supervision - aufgrund der Corona Pandemie		2.000	
		Ansatz	6.600

64601 Diese Aufwendungen für pädagogische Fachberatung wurden teilweise bis 12-2020vom Land über Erlasse finanziert.
Das KiTaG §20 KiTaG regelt, dass der Einrichtungsträger kontinuierlich eine pädagogische Fachberatung in Anspruch nimmt.

Ansatz 4.870

64609 Qualitätsmanagement (§20 KiTaG) in Kindertageseinrichtungen bedeutet einen fortlaufenden, systematischen Prozess von Qualitätsentwicklung und -sicherung, der sich an den individuellen Herausforderungen der Einrichtung orientiert. Grundlage dieses Prozesses ist die Definition von Qualitätskriterien, deren Umsetzung im pädagogischen Alltag einer stetigen systematischen Bewertung unterzogen werden. Die Wahl eines Qualitätsmanagementsystems bleibt den Trägern überlassen.

70950	Berechnung: Mitgliedsbeitrag VEK je Platz mit 9,00€	110 x 9,00€	990 Ansatz	 990

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich alle drei Jahre analog zum Verbraucherindex in Deutschland. Die letzte Erhöhung erfolgte 2021.

Kostenstelle 22120 päd. Personalkosten S/H

Sachkonto			Soll 2022 EUR	Soll 2021 EUR	Ist 2020 EUR
50530	Kostenerst.v.Krankenkassen		0,00	0,00	43.385,38
61030	Pers.aufw.privatr.ang.Mitarb.		1.036.050,00	1.090.950,00	946.627,33
64050	Monatsabgrenzung Pers.-Kosten		0,00	0,00	0,00
Summe 22120 päd. Personalkosten S/H		Erträge:	0,00	0,00	43.385,38
		Aufwendungen:	1.036.050,00	1.090.950,00	946.627,33
		Ergebnis:	-1.036.050,00	-1.090.950,00	-903.241,95

Kostenstelle 22124 Personalnebenaufwand

Sachkonto			Soll 2022 EUR	Soll 2021 EUR	Ist 2020 EUR
62200	Gesetzl.Unf.vers.,Berufsgen.		4.000,00	4.150,00	3.951,82
62300	Ausgleichsabgabe SchwbG		500,00	500,00	402,84
64000	Personalbezogener Sachaufwand		830,00	150,00	127,47
64500	Mitarbeitervertretung		5.980,00	5.520,00	4.800,00
64501	Arbeits- und Gesundheitsschutz		2.070,00	2.000,00	2.000,00
64502	Psychische Gefährdungsbeurteilung		1.200,00	1.200,00	46,98
64550	Betr. Eingliederungsmanagement		2.990,00	2.280,00	2.280,00
Summe 22124 Personalnebenaufwand		Erträge:	0,00	0,00	0,00
		Aufwendungen:	17.570,00	15.800,00	13.609,11
		Ergebnis:	-17.570,00	-15.800,00	-13.609,11

Erläuterungen zu 22124 Personalnebenaufwand

64000	Berechnung:		
	27 Mitarbeiter x € 25,00	675	
	Führungszeugnis, Impfungen	150	
		Ansatz	830

64501 Arbeits- und Gesundheitsschutz lt. Arbeitsschutzgesetz

64502 Psychische Gefährdungsbeurteilung lt. Arbeitsschutzgesetz

64550 Betriebliches Eingliederungsmanagement - Erhaltung der Erwerbstätigkeit

Kostenstelle 22130 Gebäude und Aussenanlagen

Sachkonto		Soll 2022 EUR	Soll 2021 EUR	Ist 2020 EUR
71131	Fremdleistungen Hauswartdienst Konto gesperrt!!! Aufwand über Gemeinde	0,00	0,00	0,00
71210	Instandh.Grundst.u.Außenanlag. Konto gesperrt!!! Aufwand über Gemeinde	0,00	0,00	0,00
71220	Instandhaltung Gebäude Konto gesperrt!!! Aufwand über Gemeinde	0,00	0,00	0,00
72110	Abfallgebühren inkl. ReFood	2.190,00	1.950,00	1.873,55
72140	Wasserverbr.-u.Entwäss.geb.	1.850,00	1.750,00	2.072,96
72200	Versicherungen	310,00	310,00	276,10
75210	Heizung, Brennstoffkosten	2.600,00	2.500,00	2.240,00
75220	Strom	7.980,00	9.080,00	7.251,61
Summe 22130 Gebäude und Aussenanlagen	Erträge:	0,00	0,00	0,00
	Aufwendungen:	14.930,00	15.590,00	13.714,22
	Ergebnis:	-14.930,00	-15.590,00	-13.714,22

Erläuterungen zu 22130 Gebäude und Außenanlagen

72110	GAB		1.350	
	ReFood (inkl. Erschwerniszulage Covid-19)	70€ x 12 Mon.	840	
			Ansatz	2.190

Kostenstelle 22228 Kita Datenbank

Sachkonto			Soll 2022 EUR	Soll 2021 EUR	Ist 2020 EUR
64600	Aus- und Fortbildung		0,00	0,00	0,00
Summe 22228 Kita Datenbank		Erträge:	0,00	0,00	0,00
		Aufwendungen:	0,00	0,00	0,00
		Ergebnis:	0,00	0,00	0,00

Kostenstelle 22240 Küche SH

Sachkonto			Soll 2022 EUR	Soll 2021 EUR	Ist 2020 EUR
40300	Entgelte Unterkunft/Verpfleg.		73.440,00	73.440,00	44.127,00
40303	Entgelte Verpflegung Corona		0,00	0,00	16.101,00
40340	Erlöse - Getränke		2.880,00	0,00	0,00
45151	Zuschuss v. Gem.-Gutschein Ess Gutschein Essen Bildungs-/Teilhabepaket		0,00	0,00	2.898,00
60100	Verpflegung		49.040,00	50.090,00	35.110,50
60140	Getränkekosten		2.880,00	0,00	0,00
61082	Personal - Küche		24.400,00	23.350,00	18.570,58
64050	Monatsabgrenzung Pers.-Kosten		0,00	0,00	0,00
73110	Abschreib. auf Forderungen		0,00	0,00	126,00
Summe 22240 Küche SH		Erträge:	76.320,00	73.440,00	63.126,00
		Aufwendungen:	76.320,00	73.440,00	53.807,08
		Ergebnis:	0,00	0,00	9.318,92

Erläuterungen zu 22240 Küche SH

40300	Berechnung - Einnahme Essengeld: 90 Kinder x 68,00€ x 12 Monate	Ansatz	73.440

40340	Berechnung: 80 Betreuungen x 3,00€ x 12 Monate	Ansatz	2.880
60140	Berechnung: Einnahmen s. Sachkonto 40340 Ausgaben für Getränke und gelegentliche Beköstigungen dürfen nur in Höhe der Einnahmen Sachkonto 40340 erfolgen.		
61082	Berechnung: Personalkosten - lt. HR 2022 Vertretungskosten	18.400 6.000 Ansatz	24.400

Kostenstelle 22264 Sonstige Einnahmen / Ausgaben

Sachkonto		Soll 2022 EUR	Soll 2021 EUR	Ist 2020 EUR
46300	Kollekten	0,00	0,00	0,00
70900	Sonst.Wirtsch.u.Verw.aufw.	0,00	0,00	3.994,16
75300	Aufw.f.frühere Geschäftsjahre	0,00	0,00	1.094,18
83110	Ent. aus der Spende - RL	0,00	0,00	1.598,54
83112	Ent. aus Ausgleichs-RL	0,00	0,00	983,50
83119	Entnahme aus sonstige RL	0,00	0,00	2.506,30
Summe 22264 Sonstige Einnahmen / Ausgaben	Erträge:	0,00	0,00	5.088,34
	Aufwendungen:	0,00	0,00	5.088,34
	Ergebnis:	0,00	0,00	0,00

Haushaltsplan
1208033053 Kita Elb-Arche

Kostenstelle		PLAN Erträge 2022 EUR	PLAN Aufwendungen 2022 EUR	PLAN Ergebnis 2022 EUR	PLAN Erträge 2021 EUR	PLAN Aufwendungen 2021 EUR	PLAN Ergebnis 2021 EUR
22100	Allgemeine Erträge	1.228.950,00	0,00	1.228.950,00	1.229.240,00	0,00	1.229.240,00
22111	Reinigung + Wirtschaftsbereich		45.300,00	-45.300,00		43.050,00	-43.050,00
22113	Verwaltung		81.930,00	-81.930,00		33.860,00	-33.860,00
22114	päd. Sachmittel / Betreuungsaufwand	0,00	6.000,00	-6.000,00	2.880,00	8.880,00	-6.000,00
22117	Med. Therap. Aufwand		220,00	-220,00		220,00	-220,00
22118	Inventar	6.300,00	7.800,00	-1.500,00	2.050,00	3.550,00	-1.500,00
22119	Fortbildung		25.450,00	-25.450,00		22.270,00	-22.270,00
22120	päd. Personalkosten S/H	0,00	1.036.050,00	-1.036.050,00	0,00	1.090.950,00	-1.090.950,00
22124	Personalnebenaufwand		17.570,00	-17.570,00		15.800,00	-15.800,00
22130	Gebäude und Aussenanlagen		14.930,00	-14.930,00		15.590,00	-15.590,00
22228	Kita Datenbank		0,00	0,00		0,00	0,00
22240	Küche SH	76.320,00	76.320,00	0,00	73.440,00	73.440,00	0,00
22264	Sonstige Einnahmen / Ausgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
		1.311.570,00	1.311.570,00	0,00	1.307.610,00	1.307.610,00	0,00

Gemeinde Haselau

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 0337/2021/HAS/BV

Fachbereich:	Finanzen	Datum:	01.10.2021
Bearbeiter:	Stephan Tronnier	AZ:	913.6

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Finanzausschuss der Gemeinde Haselau	16.11.2021	öffentlich
Gemeindevertretung Haselau	30.11.2021	öffentlich

Prüfung der Jahresrechnung der Gemeinde Haselau für das Haushaltsjahr 2020

Sachverhalt:
Die Jahresrechnung der Gemeinde Haselau für das Haushaltsjahr 2020 wurde verwaltungsseitig vorbereitet. Nach § 44 der Gemeindehaushaltsverordnung-Doppik (GemHVO-Doppik) besteht der Jahresabschluss aus

1. der Ergebnisrechnung,
2. der Finanzrechnung,
3. den Teilrechnungen,
4. der Bilanz,
5. dem Anhang und
6. dem Lagebericht.

Der Feststellung des Jahresergebnisses durch die Gemeindevertretung ist eine Prüfung durch den Ausschuss zur Prüfung der Jahresrechnung und den Finanzausschuss vorgeschaltet. Die Ausschüsse haben nach § 92 Gemeindevertretung (GO) die Jahresrechnung mit allen Unterlagen dahingehend zu prüfen, ob

a) der Haushalt eingehalten ist,
b) die einzelnen Rechnungsbeträge sachlich und rechnerisch vorschriftsmäßig begründet und belegt worden sind,
c) bei den Erträgen, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen sowie bei der Vermögens- und Schuldenverwaltung nach den geltenden Vorschriften verfahren worden ist,
d) das Vermögen und die Schulden richtig nachgewiesen worden sind,
e) der Anhang zum Jahresabschluss vollständig und richtig ist,
f) der Lagebericht zum Jahresabschluss vollständig und richtig ist.

Der Ausschuss kann die Prüfung nach seinem pflichtgemäßen Ermessen beschränken und auf die Vorlage einzelner Prüfungsunterlagen verzichten.

Stellungnahme der Verwaltung:
Verwaltungsseitig wird empfohlen, die Jahresrechnung der Gemeinde Haselau für das Haushaltsjahr 2020 in der vorgelegten Fassung gemäß Anlage festzustellen.

Finanzierung:
Entfällt.

Fördermittel durch Dritte:
Entfällt.

Beschlussvorschlag:
Die Jahresrechnung der Gemeinde Haselau für das Haushaltsjahr 2020 wird wie folgt festgestellt:

1. in der Ergebnisrechnung mit

einem Gesamtbetrag der Erträge mit	1.627.922,42 €
einem Gesamtbetrag der Aufwendungen mit	1.610.761,70 €
einem Jahresüberschuss mit	17.160,72 €
einem Jahresfehlbetrag mit	0,00 €

und

2. in der Finanzrechnung mit

einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit mit	1.584.431,42 €
einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit mit	1.451.826,17 €
einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit mit	27.325,19 €
einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit mit	39.055,80 €

Der Jahresüberschuss wird in Höhe von 17.160,72 € festgestellt. Der Jahresüberschuss wird gemäß § 26 Abs. 2 GemHVO-Doppik der Ergebnisrücklage zugeführt.

_____
Bröker
(Bürgermeister)

Anlagen:
Jahresrechnung der Gemeinde Haselau für das Haushaltsjahr 2020

Gemeinde Haselau

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 0334/2021/HAS/BV

Fachbereich:	Finanzen	Datum:	01.10.2021
Bearbeiter:	Stephan Tronnier	AZ:	902.10

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Finanzausschuss der Gemeinde Haselau	16.11.2021	öffentlich
Gemeindevertretung Haselau	30.11.2021	öffentlich

Genehmigung von Haushaltsüberschreitungen im Haushaltsjahr 2020

Sachverhalt:

Gemäß § 5 der Haushaltssatzung der Gemeinde Haselau für das Haushaltsjahr 2020 ist der Bürgermeister verpflichtet, der Gemeindevertretung mindestens halbjährlich über die geleisteten über- und außerplanmäßigen Ausgaben und über die über- und außerplanmäßig eingegangenen Verpflichtungen zu berichten.
Für unerhebliche über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen bis zu einem Betrag von 1.000,-- € kann der Bürgermeister seine Zustimmung nach § 95 d Gemeindeordnung erteilen. Die Genehmigung der Gemeindevertretung gilt in diesen Fällen als erteilt. Darüber hinaus können im Rahmen der Deckungsfähigkeit deckungsberechtigte Ansätze zu Lasten deckungspflichtiger Ansätze erhöht werden. Eine Genehmigungspflicht ist auch hier solange nicht gegeben, wie der gesamte Deckungskreis nicht überschritten wird. Nur darüber hinausgehende über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen sowie Verpflichtungsermächtigungen bedürfen der besonderen Genehmigung der Gemeindevertretung.
Dieser Beschlussvorlage sind eine Zusammenstellung aller über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen der Gemeinde Haselau für das laufende Haushaltsjahr 2020 und eine Deckungskreisübersicht beigefügt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Finanzausschuss und Gemeindevertretung werden um Kenntnisnahme gebeten. Sofern eine Genehmigungspflicht besteht, wird um Genehmigung der Haushaltsüberschreitungen gebeten.

Finanzierung:
Die Deckung der Haushaltsüberschreitungen ist im Rahmen der Jahresrechnung zu klären.

Fördermittel durch Dritte:
Entfällt.

Beschlussvorschlag:
Die gemäß der Beschlussvorlage beigefügten Zusammenstellung im laufenden Haushaltsjahr 2020 geleisteten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen der Gemeinde Haselau werden zur Kenntnis genommen. Der Finanzausschuss empfiehlt/Die Gemeindevertretung beschließt, die genehmigungspflichtigen Haushaltsüberschreitungen zu genehmigen.

_____
Bröker
(Bürgermeister)

Anlagen:
Zusammenstellung der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen,
Deckungskreisübersicht.

0001:	**Gemeindeorgane** **Ergebnishaushalt**
	Deckungskreistyp: echte gegenseitige Deckung **Berechtigung bei unechter Deckung: Summe der Mehreinzahlungen berechtigen...**

Konto	Bezeichnung	Ansatz	Reste-VJ	Gesamt	Sperren	Aufträge	Angeordnet	Vorm.AO	Verfügbar
Summe 11110		25.900	0,00	25.900,00	0,00	0,00	19.237,03	0,00	6.662,97

0003:	**Gebäudemanagement** **Ergebnishaushalt**
	Deckungskreistyp: echte gegenseitige Deckung **Berechtigung bei unechter Deckung: Summe der Mehreinzahlungen berechtigen...**

Konto	Bezeichnung	Ansatz	Reste-VJ	Gesamt	Sperren	Aufträge	Angeordnet	Vorm.AO	Verfügbar
Summe 11130		29.100	0,00	29.100,00	0,00	0,00	20.208,65	0,00	8.891,35

0004:	**Liegenschaftsverwaltung** **Ergebnishaushalt**
	Deckungskreistyp: echte gegenseitige Deckung **Berechtigung bei unechter Deckung: Summe der Mehreinzahlungen berechtigen...**

Konto	Bezeichnung	Ansatz	Reste-VJ	Gesamt	Sperren	Aufträge	Angeordnet	Vorm.AO	Verfügbar
Summe 11131		200	0,00	200,00	0,00	0,00	177,21	0,00	22,79

0005:	**Statistik und Wahlen** **Ergebnishaushalt**
	Deckungskreistyp: echte gegenseitige Deckung **Berechtigung bei unechter Deckung: Summe der Mehreinzahlungen berechtigen...**

Konto	Bezeichnung	Ansatz	Reste-VJ	Gesamt	Sperren	Aufträge	Angeordnet	Vorm.AO	Verfügbar
Summe 12100		0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

0007:	**Brandschutz** **Ergebnishaushalt**
	Deckungskreistyp: echte gegenseitige Deckung **Berechtigung bei unechter Deckung: Summe der Mehreinzahlungen berechtigen...**

Konto	Bezeichnung	Ansatz	Reste-VJ	Gesamt	Sperren	Aufträge	Angeordnet	Vorm.AO	Verfügbar
Summe 12600		58.100	0,00	58.100,00	0,00	0,00	34.862,05	0,00	23.237,95

0008:	**Schulen** **Ergebnishaushalt**
	Deckungskreistyp: echte gegenseitige Deckung

	Berechtigung bei unechter Deckung: Summe der Mehreinzahlungen berechtigen...

Konto	Bezeichnung	Ansatz	Reste-VJ	Gesamt	Sperren	Aufträge	Angeordnet	Vorm.AO	Verfügbar
Summe 21100		140.700	0,00	140.700,00	0,00	0,00	139.803,62	0,00	896,38
Summe 21700		35.000	0,00	35.000,00	0,00	0,00	45.379,65	0,00	-10.379,65
Summe 21820		104.200	0,00	104.200,00	0,00	0,00	109.316,21	0,00	-5.116,21
Summe 22100		9.000	0,00	9.000,00	0,00	0,00	10.968,18	0,00	-1.968,18

0016:	**Heimat- und sonstige Kulturpflege** **Ergebnishaushalt**
	Deckungskreistyp: echte gegenseitige Deckung **Berechtigung bei unechter Deckung: Summe der Mehreinzahlungen berechtigen...**

Konto	Bezeichnung	Ansatz	Reste-VJ	Gesamt	Sperren	Aufträge	Angeordnet	Vorm.AO	Verfügbar
Summe 28100		4.000	0,00	4.000,00	0,00	0,00	1.946,49	0,00	2.053,51

0018:	**Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege** **Ergebnishaushalt**
	Deckungskreistyp: echte gegenseitige Deckung **Berechtigung bei unechter Deckung: Summe der Mehreinzahlungen berechtigen...**

Konto	Bezeichnung	Ansatz	Reste-VJ	Gesamt	Sperren	Aufträge	Angeordnet	Vorm.AO	Verfügbar
Summe 33100		1.500	0,00	1.500,00	0,00	0,00	1.450,00	0,00	50,00

0019:	**Jugendarbeit** **Ergebnishaushalt**
	Deckungskreistyp: echte gegenseitige Deckung **Berechtigung bei unechter Deckung: Summe der Mehreinzahlungen berechtigen...**

Konto	Bezeichnung	Ansatz	Reste-VJ	Gesamt	Sperren	Aufträge	Angeordnet	Vorm.AO	Verfügbar
Summe 36210		400	0,00	400,00	0,00	0,00	0,00	0,00	400,00

0020:	**Tageseinrichtungen für Kinder** **Ergebnishaushalt**
	Deckungskreistyp: echte gegenseitige Deckung **Berechtigung bei unechter Deckung: Summe der Mehreinzahlungen berechtigen...**

Konto	Bezeichnung	Ansatz	Reste-VJ	Gesamt	Sperren	Aufträge	Angeordnet	Vorm.AO	Verfügbar
Summe 36500		235.600	0,00	235.600,00	0,00	0,00	243.664,10	0,00	-8.064,10

0021:	**Gesundheitseinrichtungen** **Ergebnishaushalt**
	Deckungskreistyp: echte gegenseitige Deckung **Berechtigung bei unechter Deckung: Summe der Mehreinzahlungen berechtigen...**

Konto	Bezeichnung	Ansatz	Reste-VJ	Gesamt	Sperren	Aufträge	Angeordnet	Vorm.AO	Verfügbar
Summe 41200		3.400	0,00	3.400,00	0,00	0,00	3.281,58	0,00	118,42

0022:	**Förderung des Sports** **Ergebnishaushalt**
	Deckungskreistyp: echte gegenseitige Deckung **Berechtigung bei unechter Deckung: Summe der Mehreinzahlungen berechtigen...**

Konto	Bezeichnung	Ansatz	Reste-VJ	Gesamt	Sperren	Aufträge	Angeordnet	Vorm.AO	Verfügbar
Summe 42100		4.100	0,00	4.100,00	0,00	0,00	3.750,00	0,00	350,00

0023:	**Stadtplanung** **Ergebnishaushalt**
	Deckungskreistyp: echte gegenseitige Deckung **Berechtigung bei unechter Deckung: Summe der Mehreinzahlungen berechtigen...**

Konto	Bezeichnung	Ansatz	Reste-VJ	Gesamt	Sperren	Aufträge	Angeordnet	Vorm.AO	Verfügbar
Summe 51100		31.800	0,00	31.800,00	0,00	0,00	-872,92	0,00	32.672,92

0027:	**Gemeindestraßen** **Ergebnishaushalt**
	Deckungskreistyp: echte gegenseitige Deckung **Berechtigung bei unechter Deckung: Summe der Mehreinzahlungen berechtigen...**

Konto	Bezeichnung	Ansatz	Reste-VJ	Gesamt	Sperren	Aufträge	Angeordnet	Vorm.AO	Verfügbar
Summe 54100		96.400	0,00	96.400,00	0,00	0,00	80.056,28	0,00	16.343,72

0028:	**Parkanlagen und öffentliches Grün** **Ergebnishaushalt**
	Deckungskreistyp: echte gegenseitige Deckung **Berechtigung bei unechter Deckung: Summe der Mehreinzahlungen berechtigen...**

Konto	Bezeichnung	Ansatz	Reste-VJ	Gesamt	Sperren	Aufträge	Angeordnet	Vorm.AO	Verfügbar
Summe 55100		23.100	0,00	23.100,00	0,00	0,00	18.106,77	0,00	4.993,23

0032:	**Umlagen** **Ergebnishaushalt**
	Deckungskreistyp: echte gegenseitige Deckung **Berechtigung bei unechter Deckung: Summe der Mehreinzahlungen berechtigen...**

Konto	Bezeichnung	Ansatz	Reste-VJ	Gesamt	Sperren	Aufträge	Angeordnet	Vorm.AO	Verfügbar
Summe 61100		730.900	0,00	730.900,00	0,00	0,00	736.962,35	0,00	-6.062,35

Konto	Bezeichnung	Ansatz	Reste-VJ	Gesamt	Sperren	Aufträge	Angeordnet	Vorm.AO	Verfügbar

Haushaltsüberschreitungen Haselau 2020

TOP Ö 11

Md.	Schlüssel	Bezeichnung	Ansatz	AO	Verfügbar	Deckung	Begründung	zu genehmigen	bereits genehmigt	noch zu genehmigen
11	12600.5271000	Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen	4.500,00	6.359,97	-1.859,97	0007	u.a. Mundschutz	-	-	-
11	12600.5429300	Einsatzkosten	600,00	616,30	-16,30	0007		-	-	-
11	21700.5452100	Schulkostenbeiträge - Gymnasien	35.000,00	45.379,65	-10.379,65	0008	Erhöhung Beiträge	10.379,65	10.379,65	-
11	21820.5452100	Schulkostenbeiträge - Gemeinschaftsschulen	63.000,00	68.171,21	-5.171,21	0008	Erhöhung Beiträge	5.171,21	5.171,21	-
11	22100.5452100	Schulkostenbeiträge - Förderschule	9.000,00	10.968,18	-1.968,18	0008	Erhöhung Beiträge	1.968,18	-	1.968,18
11	36500.5211000	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	200,00	204,65	-4,65			-	-	-
11	36500.5231000	Mieten und Pachten	6.000,00	6.611,34	-611,34	0020	Absetzung Folgejahr	-	-	-
11	36500.5452300	Kostenanteil gem. § 25 a KiTaG	15.000,00	22.637,75	-7.637,75	0020		7.637,75	7.637,75	-
11	54100.5271000	Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen	1.000,00	1.035,78	-35,78	0027		-	-	-
11	61100.5341000	Gewerbesteuerumlage	28.500,00	32.661,00	-4.161,00	0032		4.161,00	-	4.161,00
11	61100.5372200	Amtsumlage	233.000,00	235.864,22	-2.864,22	0032		2.864,22	-	2.864,22
11	12600.7831000	Auszahlungen aus dem Erwerb von beweglichen Sachen	4.500,00	4.638,84	-138,84			-	-	-
11	55100.7831000	Auszahlungen aus dem Erwerb von beweglichen Sachen	12.000,00	18.107,94	-6.107,94		Sportgerät	6.107,94	6.107,94	-
11	28100.7832000	Auszahlungen aus dem Erwerb von beweglichen Sachen	0,00	410,55	-410,55		Deichbank	-	-	-
	Summe				-41.367,38			38.289,95	29.296,55	8.993,40

Gemeinde Haselau

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 0335/2021/HAS/BV

Fachbereich:	Finanzen	Datum:	01.10.2021
Bearbeiter:	Stephan Tronnier	AZ:	902.10

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Finanzausschuss der Gemeinde Haselau	16.11.2021	öffentlich
Gemeindevertretung Haselau	30.11.2021	öffentlich

Genehmigung von Haushaltsüberschreitungen im Haushaltsjahr 2021

Sachverhalt:

Gemäß § 5 der Haushaltssatzung der Gemeinde Haselau für das Haushaltsjahr 2021 ist der Bürgermeister verpflichtet, der Gemeindevertretung mindestens halbjährlich über die geleisteten über- und außerplanmäßigen Ausgaben und über die über- und außerplanmäßig eingegangenen Verpflichtungen zu berichten.
Für unerhebliche über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen bis zu einem Betrag von 1.000,-- € kann der Bürgermeister seine Zustimmung nach § 95 d Gemeindeordnung erteilen. Die Genehmigung der Gemeindevertretung gilt in diesen Fällen als erteilt. Darüber hinaus können im Rahmen der Deckungsfähigkeit deckungsberechtigte Ansätze zu Lasten deckungspflichtiger Ansätze erhöht werden. Eine Genehmigungspflicht ist auch hier solange nicht gegeben, wie der gesamte Deckungskreis nicht überschritten wird. Nur darüber hinausgehende über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen sowie Verpflichtungsermächtigungen bedürfen der besonderen Genehmigung der Gemeindevertretung.
Dieser Beschlussvorlage sind eine Zusammenstellung aller über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen der Gemeinde Haselau für das laufende Haushaltsjahr 2021 und eine Deckungskreisübersicht beigefügt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Finanzausschuss und Gemeindevertretung werden um Kenntnisnahme gebeten. Sofern eine Genehmigungspflicht besteht, wird um Genehmigung der Haushaltsüberschreitungen gebeten.

Finanzierung:
Die Deckung der Haushaltsüberschreitungen ist im Rahmen der Jahresrechnung zu klären.

Fördermittel durch Dritte:
Entfällt.

Beschlussvorschlag:
Die gemäß der Beschlussvorlage beigefügten Zusammenstellung im laufenden Haushaltsjahr 2021 geleisteten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen der Gemeinde Haselau werden zur Kenntnis genommen. Der Finanzausschuss empfiehlt/Die Gemeindevertretung beschließt, die genehmigungspflichtigen Haushaltsüberschreitungen zu genehmigen.

_____
Bröker
(Bürgermeister)

Anlagen:
Zusammenstellung der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen,
Deckungskreisübersicht.

0001:	**Gemeindeorgane** **Ergebnishaushalt**
	Deckungskreistyp: echte gegenseitige Deckung **Berechtigung bei unechter Deckung: Summe der Mehreinzahlungen berechtigen...**

Konto	Bezeichnung	Ansatz	Reste-VJ	Gesamt	Sperren	Aufträge	Angeordnet	Vorm.AO	Verfügbar
Summe 11110		29.200	0,00	29.200,00	0,00	0,00	14.651,47	1.124,49	13.424,04

0002:	**Interner Service** **Ergebnishaushalt**
	Deckungskreistyp: echte gegenseitige Deckung **Berechtigung bei unechter Deckung: Summe der Mehreinzahlungen berechtigen...**

Konto	Bezeichnung	Ansatz	Reste-VJ	Gesamt	Sperren	Aufträge	Angeordnet	Vorm.AO	Verfügbar
Summe 11120		0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

0003:	**Gebäudemanagement** **Ergebnishaushalt**
	Deckungskreistyp: echte gegenseitige Deckung **Berechtigung bei unechter Deckung: Summe der Mehreinzahlungen berechtigen...**

Konto	Bezeichnung	Ansatz	Reste-VJ	Gesamt	Sperren	Aufträge	Angeordnet	Vorm.AO	Verfügbar
Summe 11130		30.400	0,00	30.400,00	0,00	1.069,27	15.637,26	468,08	13.225,39

0004:	**Liegenschaftsverwaltung** **Ergebnishaushalt**
	Deckungskreistyp: echte gegenseitige Deckung **Berechtigung bei unechter Deckung: Summe der Mehreinzahlungen berechtigen...**

Konto	Bezeichnung	Ansatz	Reste-VJ	Gesamt	Sperren	Aufträge	Angeordnet	Vorm.AO	Verfügbar
Summe 11131		200	0,00	200,00	0,00	0,00	202,71	0,00	-2,71

0005:	**Statistik und Wahlen** **Ergebnishaushalt**
	Deckungskreistyp: echte gegenseitige Deckung **Berechtigung bei unechter Deckung: Summe der Mehreinzahlungen berechtigen...**

Konto	Bezeichnung	Ansatz	Reste-VJ	Gesamt	Sperren	Aufträge	Angeordnet	Vorm.AO	Verfügbar
Summe 12100		400	0,00	400,00	0,00	0,00	628,70	0,00	-228,70

0007:	**Brandschutz** **Ergebnishaushalt**
	Deckungskreistyp: echte gegenseitige Deckung

	Berechtigung bei unechter Deckung: Summe der Mehreinzahlungen berechtigen...

Konto	Bezeichnung	Ansatz	Reste-VJ	Gesamt	Sperren	Aufträge	Angeordnet	Vorm.AO	Verfügbar
Summe 12600		46.400	0,00	46.400,00	0,00	0,00	21.309,68	91,21	24.999,11

0008:	**Schulen** **Ergebnishaushalt**
	Deckungskreistyp: echte gegenseitige Deckung **Berechtigung bei unechter Deckung: Summe der Mehreinzahlungen berechtigen...**

Konto	Bezeichnung	Ansatz	Reste-VJ	Gesamt	Sperren	Aufträge	Angeordnet	Vorm.AO	Verfügbar
Summe 21100		143.000	0,00	143.000,00	0,00	0,00	2.563,89	4.167,05	136.269,06
Summe 21700		45.000	0,00	45.000,00	0,00	0,00	0,00	729,00	44.271,00
Summe 21820		107.000	0,00	107.000,00	0,00	0,00	47.254,05	3.560,00	56.185,95
Summe 22100		9.000	0,00	9.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	9.000,00

0016:	**Heimat- und sonstige Kulturpflege** **Ergebnishaushalt**
	Deckungskreistyp: echte gegenseitige Deckung **Berechtigung bei unechter Deckung: Summe der Mehreinzahlungen berechtigen...**

Konto	Bezeichnung	Ansatz	Reste-VJ	Gesamt	Sperren	Aufträge	Angeordnet	Vorm.AO	Verfügbar
Summe 28100		4.000	0,00	4.000,00	0,00	0,00	1.255,01	0,00	2.744,99

0018:	**Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege** **Ergebnishaushalt**
	Deckungskreistyp: echte gegenseitige Deckung **Berechtigung bei unechter Deckung: Summe der Mehreinzahlungen berechtigen...**

Konto	Bezeichnung	Ansatz	Reste-VJ	Gesamt	Sperren	Aufträge	Angeordnet	Vorm.AO	Verfügbar
Summe 33100		1.500	0,00	1.500,00	0,00	0,00	1.450,00	0,00	50,00

0019:	**Jugendarbeit** **Ergebnishaushalt**
	Deckungskreistyp: echte gegenseitige Deckung **Berechtigung bei unechter Deckung: Summe der Mehreinzahlungen berechtigen...**

Konto	Bezeichnung	Ansatz	Reste-VJ	Gesamt	Sperren	Aufträge	Angeordnet	Vorm.AO	Verfügbar
Summe 36210		400	0,00	400,00	0,00	0,00	0,00	0,00	400,00

0020:	**Tageseinrichtungen für Kinder** **Ergebnishaushalt**
	Deckungskreistyp: echte gegenseitige Deckung **Berechtigung bei unechter Deckung: Summe der Mehreinzahlungen berechtigen...**

Konto	Bezeichnung	Ansatz	Reste-VJ	Gesamt	Sperren	Aufträge	Angeordnet	Vorm.AO	Verfügbar
Summe 36500		573.000	0,00	573.000,00	0,00	947,90	522.749,87	-29.510,89	78.813,12

0021:	**Gesundheitseinrichtungen** **Ergebnishaushalt**
	Deckungskreistyp: echte gegenseitige Deckung **Berechtigung bei unechter Deckung: Summe der Mehreinzahlungen berechtigen...**

Konto	Bezeichnung	Ansatz	Reste-VJ	Gesamt	Sperren	Aufträge	Angeordnet	Vorm.AO	Verfügbar
Summe 41200		3.400	0,00	3.400,00	0,00	0,00	3.454,62	0,00	-54,62

0022:	**Förderung des Sports** **Ergebnishaushalt**
	Deckungskreistyp: echte gegenseitige Deckung **Berechtigung bei unechter Deckung: Summe der Mehreinzahlungen berechtigen...**

Konto	Bezeichnung	Ansatz	Reste-VJ	Gesamt	Sperren	Aufträge	Angeordnet	Vorm.AO	Verfügbar
Summe 42100		4.100	0,00	4.100,00	0,00	0,00	750,00	0,00	3.350,00

0023:	**Stadtplanung** **Ergebnishaushalt**
	Deckungskreistyp: echte gegenseitige Deckung **Berechtigung bei unechter Deckung: Summe der Mehreinzahlungen berechtigen...**

Konto	Bezeichnung	Ansatz	Reste-VJ	Gesamt	Sperren	Aufträge	Angeordnet	Vorm.AO	Verfügbar
Summe 51100		16.800	0,00	16.800,00	0,00	27.381,90	3.172,66	0,00	-13.754,56

0027:	**Gemeindestraßen** **Ergebnishaushalt**
	Deckungskreistyp: echte gegenseitige Deckung **Berechtigung bei unechter Deckung: Summe der Mehreinzahlungen berechtigen...**

Konto	Bezeichnung	Ansatz	Reste-VJ	Gesamt	Sperren	Aufträge	Angeordnet	Vorm.AO	Verfügbar
Summe 54100		124.400	0,00	124.400,00	0,00	0,00	97.551,74	3.673,58	23.174,68

0028:	**Parkanlagen und öffentliches Grün** **Ergebnishaushalt**
	Deckungskreistyp: echte gegenseitige Deckung **Berechtigung bei unechter Deckung: Summe der Mehreinzahlungen berechtigen...**

Konto	Bezeichnung	Ansatz	Reste-VJ	Gesamt	Sperren	Aufträge	Angeordnet	Vorm.AO	Verfügbar
Summe 55100		23.800	0,00	23.800,00	0,00	87,73	12.246,51	199,34	11.266,42

Konto	Bezeichnung	Ansatz	Reste-VJ	Gesamt	Sperren	Aufträge	Angeordnet	Vorm.AO	Verfügbar

0032:	**Umlagen** **Ergebnishaushalt**
	Deckungskreistyp: echte gegenseitige Deckung **Berechtigung bei unechter Deckung: Summe der Mehreinzahlungen berechtigen...**

Konto	Bezeichnung	Ansatz	Reste-VJ	Gesamt	Sperren	Aufträge	Angeordnet	Vorm.AO	Verfügbar
Summe 61100		766.200	0,00	766.200,00	0,00	0,00	498.075,44	0,00	268.124,56

Haushaltsüberschreitungen Haselau 2021

TOP Ö 12

Md.	Schlüssel	Bezeichnung	Ansatz	AO	Verfügbar	Deckung	Begründung	zu genehmigen	bereits genehmigt	noch zu genehmigen
11	11120.5139000	Beiträge zur gesetzl. Sozialversicherung - sonstige Besch	0,00	31,46	-31,46			-	-	-
11	11131.5221000	Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	500,00	3.716,40	-3.216,40		Lift Baumschnitt	3.216,40	3.216,40	-
11	11131.5241000	Bewirtschaftung der Grundstücke, baulichen Anlagen u.	200,00	202,71	-2,71	0004		-	-	-
11	11130.5271000	Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen	0,00	30,05	-30,05	0003	Verbandsmaterial	-	-	-
11	21820.5373000	Allgemeine Umlagen Zweckverbände	42.000,00	47.254,05	-5.254,05	0008	Schulverbandsumlage	-	-	-
11	12100.5431000	Geschäftsaufwendungen	400,00	628,70	-228,70	0005	Verpflegung Wahl	-	-	-
11	36500.5452300	Kostenanteil gem. § 25 a KiTaG	1.000,00	2.589,60	-1.589,60	0020	Endabwicklung	-	-	-
11	41200.5452400	Kostenanteil Diakoniestation Haseldorfer Marsch	1.400,00	1.431,04	-31,04	0021		-	-	-
11	41200.5452500	Kostenanteil Anlauf- und Vermittlungsstelle	2.000,00	2.023,58	-23,58	0021		-	-	-
11	53500.5457000	Erstattungen von Aufwendungen von Dritten aus lfd. Ve	0,00	3.687,12	-3.687,12		Abrg. Konzessionsabg.	3.687,12	1.838,83	1.848,29
11	55100.7851000	Auszahlungen aus Hochbaumaßnahmen	18.000,00	19.171,10	-1.171,10		Zaun, Spielgeräte	1.171,10	-	1.171,10
11	57500.7853000	Auszahlungen aus sonstigen Baumaßnahmen	0,00	7.656,46	-7.656,46		Hinweistafeln	7.656,46	-	7.656,46
	Summe				-22.922,27			15.731,08	5.055,23	10.675,85

Gemeinde Haselau

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 0336/2021/HAS/BV

Fachbereich:	Finanzen	Datum:	01.10.2021
Bearbeiter:	Stephan Tronnier	AZ:	902.

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Umweltausschuss der Gemeinde Haselau	03.11.2021	öffentlich
Bau-, Wege- und Planungsausschuss Haselau	04.11.2021	öffentlich
Schul-, Sport-, Kultur und Sozialausschuss der Gemeinde Haselau	10.11.2021	öffentlich
Finanzausschuss der Gemeinde Haselau	16.11.2021	öffentlich
Gemeindevertretung Haselau	30.11.2021	öffentlich

Erlass der Haushaltssatzung der Gemeinde Haselau für das Haushaltsjahr 2022

Sachverhalt:
Der Entwurf der Haushaltssatzung der Gemeinde Haselau für das Haushaltsjahr 2022 ist als Anlage beigefügt. Der Antrag der freiwilligen Feuerwehr ist ebenfalls beigefügt.

Stellungnahme der Verwaltung:
Bei den Schlüsselzuweisungen ist gegenüber dem Vorjahr ein erfreulicher Anstieg zu verzeichnen. Gleichzeitig steigen aber auch die Umlagen stark an. Die Entwicklung der Steuereinnahmen, Finanzzuweisungen und Umlagen kann der Übersicht auf Seite 14 des Haushaltsentwurfs entnommen werden.

Insgesamt muss in der Haushaltsplanung ein Defizit von 264.100 € ausgewiesen werden. Auch in der mittelfristigen Planung sind Fehlebträge zu erwarten. Deshalb sind nach § 6 (1) Nr. 8 GemHVO Doppik im Haushaltsplan verschiedene Angaben zur Haushaltskonsolidierung aufzunehmen. Es wird insbesondere auf die Angaben auf S. 20 f. des Haushaltsentwurfs verwiesen. Zur weiteren Information sind der Haushaltskonsolidierungserlass und die Richtlinie zur Gewährung von Fehlbetragszuweisungen beigefügt.

Eine mögliche Änderung der Realsteuerhebesätze ist in dem Entwurf nicht berücksichtigt worden. Im Hinblick auf den 2022 zu erwartenden Fehlbetrag und die gemäß der mittelfristigen Finanzplanung zu befürchtende weitere defizitäre Entwicklung werden an dieser Stelle auf der Basis des aktuellen Steueraufkommens die Auswirkungen bei Anpassung der Hebesätze um jeweils 10 Prozentpunkte angegeben. Die

Entscheidung über eine Anpassung und deren Umfang bleibt natürlich den gemeindlichen Gremien vorbehalten.

Das Aufkommen an Grundsteuer A wird bei einem aktuellen Hebesatz von 330 % mit 26.500,- € angenommen. Eine Anhebung des Hebesatzes um 10 Prozentpunkte würde Mehreinnahmen von rd. 800,- € ergeben. Bei der Grundsteuer B wird bei einem gleichfalls aktuell auf 330 % festgesetzten Hebesatzes ein Ertrag von 136.700,- € erwartet. Hier würde die Erhöhung um 10 Prozentpunkte Mehreinnahmen von rd. 4.100,- € ausmachen. Die Gewerbesteuer wird bei einem Hebesatz von 350 % mit 320.000,- € kalkuliert. 10 Prozentpunkte würden den Ertrag um rd. 9.100,- € erhöhen.

Mit dem Haushaltserlass weist das Land Schleswig-Holstein darauf hin, dass die Haushaltsplanung so auszugestalten ist, dass zum Ende des Haushaltsjahres mindestens 60 % der zur Verfügung gestellten Mittel für Investitionen ausgeschöpft sind. Investitionen sind nur in den Haushaltsplan einzustellen, wenn auch die tatsächliche Umsetzung im Planjahr erwartet werden kann. Ein Unterschreiten der Quote könne kommunalaufsichtliche Maßnahmen nach sich ziehen. Diese Maßgabe sollte in der Investitionsplanung berücksichtigt werden.

Generell sollten im Haushaltsplan nur Mittel eingeplant werden, die auch tatsächlich benötigt werden. Im Bereich Brandschutz waren in den Vorjahren teilweise erhebliche Ansatzunterschreitungen zu verzeichnen. Gemeinsam mit der Feuerwehr sollte in den Folgejahren der Budgetplanung eine höhere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Die Rahmenbedingungen erfordern eine Anpassung der gelebten Praxis. Das begrüßenswerte ehrenamtliche Engagement der freiwilligen Feuerwehr soll dadurch nicht untergraben werden.

Die Mittelanmeldungen der Feuerwehr gingen in diesem Jahr nach Ablauf der Frist in der Verwaltung ein. Deshalb sind einzelne Wünsche der Wehr noch nicht vollständig im vorgelegten Entwurf enthalten. Beim Produktkonto 12600.5291001 sind zusätzlich 2.500 € für eine Verabschiedung, im PSK 12600.5318110 zusätzlich 1.000 € für den Zuschuss zum Erwerb einer Fahrerlaubnis und im Jahr 2023 20.000 € als Investition für eine Rettungsschere aufzunehmen.

Weiterhin sind für die Benutzung der Räumlichkeiten für Sitzungen gemeindlicher Gremien jeweils 100 € zu zahlen. Beim Produktsachkonto 11110.5291000 ist ein Aufwand von 2.000 € einzuplanen.

Bei der Investitionsmaßnahme zur Erweiterung der Kindertagesstätte sind zusätzlich Baukosten in Höhe von 600.000 € sowie eine Zuwendung in Höhe von 72.000 € einzuplanen.

Bei der Investitionsmaßnahme „Erschließung Kleiner Landweg“ soll der Ansatz für die Einzahlung aus der Veräußerung auf 220.000 € erhöht werden. Sofern die Gesamterlöse die Gesamtkosten der Maßnahme überschreiten, kann ein Ertrag verbucht werden, der das Defizit mindert. Im Jahresabschluss 2020 sind getätigte Auszahlungen in Höhe von rd. 32.000 € enthalten. Gesamtauszahlungen der Maßnahme in Höhe von rd. 232.000 € stehen Erlösen von 400.000 € gegenüber. Im Rahmen der Abrechnung der Maßnahme ist zu prüfen, ob Grundstücksanteile bilanziert sind, die den Ertrag mindern.

In Anbetracht der hohen Investitionsaufwendungen wird zusätzlich eine Kreditaufnahme mit dem maximal zulässigen Betrag eingeworben.

Finanzierung:
Entfällt.

Fördermittel durch Dritte:
Entfällt.

Beschlussvorschlag:
Der Finanzausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, die Haushaltssatzung der Gemeinde Haselau für das Haushaltsjahr 2022 entsprechend dem vorliegenden Entwurf – mit den dargelegten Änderungen beim Brandschutz und mit den im Ausschuss empfohlenen Änderungen – zu beschließen.

Die Gemeindevertretung beschließt die Haushaltssatzung der Gemeinde Haselau für das Haushaltsjahr 2022 gemäß Beschlussempfehlung des Finanzausschusses.

_____
Bröker
(Bürgermeister)

Anlagen:
- Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2022
- Antrag der freiwilligen Feuerwehr zu den Haushaltsberatungen 2022
- Haushaltskonsolidierungserlass
- Richtlinie zur Gewährung von Fehlbetrags- und Sonderbedarfszuweisungen

TOP Ö 13

Freiwillige Feuerwehr Haselau

F.F. Haselau Mühlenwurth 4a 25489 Haseldorf

Feuerwehrgerätehaus
Neuer Weg 18
25489 Haselau
Tel. / Fax. : 04129/95387

Haselau 14.10.2021

Haushaltsplanung 2022

Freiwillige Feuerwehr Haselau mit Jugendfeuerwehr

Es sind nur die Haushaltsstellen erwähnt, welche sich in den Summen ändern. Alle anderen Ansätze bleiben erhalten.

Ersatz- und Neubeschaffung:

1 x Trage-Rettungstuch	200,- €
2 x Schwimmwesten	600,- €
3 x Fahrzeug Lampen / Handstrahler	900,- €
1 x Hygienewand für Fahrzeug	1.000,- €
Verabschiedung Ernst Schüder als Ehrenwehrführer	
durch die Gemeinde und Feuerwehr mit geladenen Gästen	2.500,- €

Wehrführer

Dirk Koopmann
Mühlenwurth 4a
25489 Haseldorf
Tel.: 04129 / 1224

Stellvertr. Wehrführer

Olaf Mayer
Hohenhorster Ch. 53
25489 Haselau / Hohenhorst
Tel.: 04129 / 27 8002

Bankverbindung:

Raiffeisenbank Elbmarsch e. G.
Großer Ring 14
25492 Heist
BLZ 22163114
Konto-Nr.: 301175

Freiwillige Feuerwehr Haselau

F.F. Haselau Mühlenwurth 4a 25489 Haseldorf

Mittelfristig:

Heizungsanlage	5.000,- €
Rettungsschere im 1-3 Jahre Jahresplan	
Schneidgerät / Rettungsschere mit Aggregat für Hydraulikgerät	20.000,- €

Leistungsabfall bei Wartung festgestellt.

Langfristig:

Neues HLF 10 mit Beladung	300.000,- €

Sonstiges

Gemeinschaftsübung mit den Nachbarwehren	200,- €
Führerscheine Neuerwerb und Verlängerung	6.000,- €

Jugendfeuerwehr Übernahme aus Haushaltsplan 2021

T-Shirt / Sweatshirt	500,- €
Persönliche Schutzbekleidung	800,- €
Ausfahrt Seeth-Eckholt	300,- €

Spielmannszug Übernahme aus Haushaltsplan 2021

Zusätzlich Einkleidung /Jugendliche + junge Menschen	1.000,- €

Instandsetzung:

Unterhaltung- und Instandsetzungsarbeiten/Handwerksarbeiten	2.000,- €

Ich würde mich freuen, wenn Sie mich zu Ihrer beratende Finanzausschusssitzung eingeladen.

Mit freundlichen Grüßen

Dirk KoopmannWehrführer

Wehrführer

Dirk Koopmann
Mühlenwurth 4a
25489 Haseldorf
Tel.: 04129 / 1224

Stellvertr. Wehrführer

Olaf Mayer
Hohenhorster Ch. 53
25489 Haselau / Hohenhorst
Tel.: 04129 / 27 8002

Bankverbindung:

Raiffeisenbank Elbmarsch e. G.
Großer Ring 14
25492 Heist
BLZ 22163114
Konto-Nr.: 301175

Normgeber:	Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration	**Quelle:**	
Aktenzeichen:	IV 307 - 71662/2018		
Erlassdatum:	03.01.2019	**Gliederungs-Nr:**	2022.67
Fassung vom:	03.01.2019		
Gültig ab:	01.01.2019	**Normen:**	§ 12 FAG, § 13 FAG, § 75 GO, § 85 GO, § 95g GO, § 25 GemHVO-Doppik, § 26 GemHVO-Doppik, § 40 GemHVO-Doppik, § 116 LVwG, § 117 LVwG, § 117a LVwG
Gültig bis:	31.12.2023	**Fundstelle:**	Amtsbl SH 2019, 116

Richtlinie zur Gewährung von Fehlbetrags- und Sonderbedarfszuweisungen (§§ 12 und 13 FAG)

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

1 Allgemeine Grundsätze
2 Fehlbetragszuweisungen nach § 12 FAG
2.1 Gegenstand der Förderung
2.2 Zuwendungsempfängerin/Zuwendungsempfänger
2.3 Zuwendungsvoraussetzungen
2.4 Feststellung des unvermeidlichen Fehlbetrags bei doppelter Buchführung
2.4.1 Gemeinden, die der Kommunalaufsicht einer Landrätin oder eines Landrats unterstehen
2.4.2 Kreise und kreisangehörige Städte, die der Kommunalaufsicht des für Inneres zuständigen Ministeriums unterstehen
2.5 Feststellung des unvermeidlichen Fehlbetrags bei kameraler Buchführung
2.5.1 Gemeinden, die der Kommunalaufsicht einer Landrätin oder eines Landrats unterliegen
2.5.2 Kreise und kreisangehörige Städte, die der Kommunalaufsicht des für Inneres zuständigen Ministeriums unterstehen
2.6 Verfahren
2.6.1 Antrag
2.6.2 Fristen
2.6.3 Mindestbetrag
2.6.4 Auszahlung
2.7 Sonstige Bestimmungen
3 Sonderbedarfszuweisungen nach § 13 FAG
3.1 Gegenstand der Förderung
3.2 Zuwendungsempfängerin/Zuwendungsempfänger
3.3 Zuwendungsvoraussetzungen
3.4 Art, Umfang und Höhe der Zuwendung
3.5 Verfahren
3.5.1 Antrag, Fristen
3.5.2 Auszahlung
3.5.3 Anwendbarkeit der VV-K
3.6 Sonstige Bestimmungen
4 Inkrafttreten
Anlagen (nichtamtliches Verzeichnis)

Richtlinie zur Gewährung von Fehlbetrags- und Sonderbedarfszuweisungen (§§ 12 und 13 FAG)

Gl.Nr. 2022.67

Fundstelle: Amtsbl. Schl.-H. 2019 Nr. 4, S. 116

Erlass des Ministeriums für Inneres, ländliche Räume und Integration
vom 3. Januar 2019 - IV 307 - 71662/2018 -

Auf Grund der §§ 12 und 13 des Finanzausgleichsgesetzes – FAG – vom 10. Dezember 2014 (GVOBl. Schl.-H. S. 473), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 12. Dezember 2018 (GVOBl. Schl.-H. S. 896), wird bestimmt:

1 Allgemeine Grundsätze

1.1 Die Zuweisungen nach dieser Richtlinie sollen sicherstellen, dass die Zuwendungsempfängerinnen und -empfänger ihre Aufgaben ordnungsgemäß erfüllen können. Sie ergänzen insoweit das System der Schlüsselzuweisungen. Die Zuweisungen sind eine Maßnahme der interkommunalen Solidarität aus Mitteln des kommunalen Finanzausgleichs.

1.2 Eine Hilfe aus Fehlbetrags- und Sonderbedarfszuweisungen setzt voraus, dass der Haushalt sparsam und wirtschaftlich geführt wird, alle Einnahme-, Ertrags- und Einzahlungsquellen in zumutbarem Umfang ausgeschöpft werden sowie der Haushaltsausgleich nicht möglich ist oder die Eigenanteile für dringende Investitionen aus eigener Kraft nicht aufgebracht werden können.

1.3 Auf die Bewilligung von Zuweisungen nach dieser Richtlinie besteht kein Rechtsanspruch.

2 Fehlbetragszuweisungen nach § 12 FAG

Nach § 75 Abs. 3 Gemeindeordnung (GO) hat die Sicherung des Haushaltsausgleichs Vorrang vor allen anderen finanzpolitischen Erwägungen. Bei einer Gefährdung des Haushaltsausgleichs sind die kreisangehörigen Gemeinden und Kreise verpflichtet, unter Ausnutzung aller ihnen zu Gebote stehenden Möglichkeiten die Sicherung der laufenden Haushaltswirtschaft zu gewährleisten.

Dabei haben sie die von den Kommunalaufsichtsbehörden, dem Landesrechnungshof und den Gemeindeprüfungsämtern im Rahmen der überörtlichen Prüfung zur Haushaltswirtschaft gegebenen Auflagen, Hinweise und Vorschläge zur Beschränkung der Aufwendungen und Auszahlungen/Ausgaben und zur Ausschöpfung der Erträge und Einzahlungen/Einnahmen zu berücksichtigen.

2.1 Gegenstand der Förderung

Gemäß § 12 Abs. 1 FAG können kreisangehörige Gemeinden und Kreise Fehlbetragszuweisungen zum Ausgleich von unvermeidlichen Fehlbeträgen oder Jahresfehlbeträgen der abgelaufenen Haushaltsjahre erhalten, wenn sie ihren Haushalt nicht durch eigene Mittel und durch allgemeine Finanzzuweisungen nach dem FAG ausgleichen können oder noch nicht abgedeckte als unvermeidlich anerkannte Fehlbeträge aus früheren Haushaltsjahren bestehen.

In Ausnahmefällen können Fehlbetragszuweisungen zum Ausgleich eines voraussichtlichen unvermeidlichen Fehlbetrages oder Jahresfehlbetrages des laufenden Haushaltsjahres gewährt werden.

2.2 Zuwendungsempfängerin/Zuwendungsempfänger

Antragsberechtigt sind schleswig-holsteinische kreisangehörige Gemeinden und Kreise.

2.3 Zuwendungsvoraussetzungen

2.3.1 Die Hebesätze müssen spätestens im Jahr der Antragstellung für die Grundsteuer A auf mindestens 380 Prozent, für die Grundsteuer B auf mindestens 425 Prozent und für die Gewerbesteuer auf mindestens 380 Prozent festgesetzt sein.

2.3.2 Weitere Voraussetzung ist, dass der für die Gewährung einer Fehlbetragszuweisung zu Grunde zu legende Fehlbetrag trotz zumutbarer Ausschöpfung aller eigenen Ertrags-/Einnahmequellen und trotz Ausnutzung jeder Sparmöglichkeit in absehbarer Zeit nicht aus eigener Kraft abgedeckt werden kann.

2.3.3 Aufwendungen und Auszahlungen/Ausgaben für freiwillige, das heißt nicht auf Gesetz oder Vertrag beruhende, Aufgaben und Maßnahmen sind grundsätzlich nicht unvermeidlich. Soweit Zuwendungen und Beiträge geleistet werden, ist unter Beachtung der Wirtschaftlichkeit ein strenger Maßstab anzulegen.

2.3.4 Personal- und Sachaufwendungen bzw. Personal- und Sachauszahlungen/-ausgaben müssen ständig mit dem Ziel von Einsparungen überprüft werden. Die Anzahl, Einstufung und Eingruppierung der Beschäftigten ist auf das unabweisbare Maß zu beschränken. An Sachaufwendungen bzw. Sachauszahlungen/-ausgaben darf nur das unabweisbar Notwendige geleistet werden.

2.3.5 Zur Ausschöpfung der eigenen Ertrags-/Einnahmemöglichkeiten gehört insbesondere, dass die Antragstellerin oder der Antragsteller

– die Entgelte für Einrichtungen so festsetzt, dass sie die gesamten anderweitig nicht gedeckten Kosten für die Unterhaltung, die angemessenen Abschreibungen sowie die Verzinsung des Anlagekapitals nach Möglichkeit voll decken,

– die Beiträge nach dem Kommunalabgabengesetz (KAG) außer Straßenbaubeiträgen, sofern für diese keine gesetzliche Pflicht zur Erhebung besteht, und dem Baugesetzbuch (BauGB) in rechtlich zulässigem Umfang ausschöpft und

– die übrigen Erträge/Einnahmen, insbesondere auch aus Vermietung und Verpachtung, in angemessener Höhe festsetzt und einzieht.

2.3.6 Bei kameraler Buchführung sind die allgemeine Rücklage, Kapitalrückflüsse und Erlöse aus der Veräußerung von Vermögen (z.B. Grundstücke) zum Ausgleich des Verwaltungshaushalts heranzuziehen, wenn trotz Ausschöpfung aller Einnahmemöglichkeiten und der notwendigen Beschränkung der Ausgaben ein Fehlbetrag verbleibt. Das gilt nicht, wenn die vorgenannten Mittel im Haushaltsjahr zur Reduzierung von Kreditaufnahmen benötigt und eingesetzt werden.

2.4 Feststellung des unvermeidlichen Fehlbetrags bei doppelter Buchführung

2.4.1 Gemeinden, die der Kommunalaufsicht einer Landrätin oder eines Landrats unterstehen

(1) Bei Kommunen, die ihre Haushaltswirtschaft nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung führen, werden Fehlbetragszuweisungen nur zur Abdeckung von Jahresfehlbeträgen gewährt, die nach der Ergebnisrechnung entstanden sind und unter Berücksichtigung der Ziffer 2.3 als unvermeidlich anerkannt werden können.

(2) Soweit die Kommune bereits in Vorjahren ihre Haushaltswirtschaft nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung geführt hat, werden die entsprechenden Jahresfehlbeträge hinzugerechnet, soweit sie in den Vorjahren im Rahmen einer Fehlbetragszuweisung als unvermeidlich anerkannt worden sind und hierfür eine Fehlbetragszuweisung vom für Inneres zuständigen Ministerium gezahlt worden ist.

(3) Das aufgelaufene Defizit vor Umstellung auf die doppelte Buchführung wird dem Jahresfehlbetrag hinzugerechnet, soweit es im Rahmen einer Fehlbetragszuweisung als unvermeidlich anerkannt und hierfür eine Fehlbetragszuweisung vom für Inneres zuständigen Ministerium gezahlt worden ist.

(4) Haben sich in den Jahren, in denen die Kommune ihre Haushaltswirtschaft nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung geführt hat, Überschüsse ergeben, so werden diese den nach den Absätzen 2 und 3 aus Vorjahren hinzuzurechnenden Jahresfehlbeträgen und aufgelaufenen Defiziten vor Umstellung auf die doppelte Buchführung gegengerechnet.

(5) Ist im Vorjahr kein Antrag auf Fehlbetragszuweisung gestellt worden, werden die Jahresergebnisse aus Vorvorjahren bei der Feststellung des unvermeidlichen Fehlbetrags nicht berücksichtigt.

2.4.2 Kreise und kreisangehörige Städte, die der Kommunalaufsicht des für Inneres zuständigen Ministeriums unterstehen

Bei Kreisen und kreisangehörigen Städten, die der Kommunalaufsicht des für Inneres zuständigen Ministeriums unterstehen, werden jeweils zwei Drittel des bis Ende des Jahres 2018 aufgelaufenen Jahresfehlbetrags sowie zwei Drittel der ab 2019 neu entstehenden Jahresfehlbeträge als unvermeidlich anerkannt. Ziffer 2.4.1 Absätze 2 bis 5 gelten entsprechend.

2.5 Feststellung des unvermeidlichen Fehlbetrags bei kameraler Buchführung

2.5.1 Gemeinden, die der Kommunalaufsicht einer Landrätin oder eines Landrats unterliegen

(1) Bei Kommunen, die ihre Haushaltswirtschaft nach den Grundsätzen der kameralen Buchführung führen, werden Fehlbetragszuweisungen nur zur Abdeckung von Fehlbeträgen gewährt, die im Verwaltungshaushalt entstanden sind und unter Berücksichtigung der Ziffer 2.3 als unvermeidlich anerkannt werden können.

(2) Dabei wird jeweils der zum Ende des letzten Jahres aufgelaufene Fehlbetrag zu Grunde gelegt. Darin enthaltene Fehlbeträge aus Vorjahren werden nur insoweit berücksichtigt, als sie in den Vorjahren im Rahmen einer Fehlbetragszuweisung als unvermeidlich anerkannt worden sind und hierfür eine Fehlbetragszuweisung vom für Inneres zuständigen Ministerium gezahlt worden ist.

2.5.2 Kreise und kreisangehörige Städte, die der Kommunalaufsicht des für Inneres zuständigen Ministeriums unterstehen

Bei Kreisen und kreisangehörigen Städten, die der Kommunalaufsicht des für Inneres zuständigen Ministeriums unterstehen, werden jeweils zwei Drittel des bis Ende des Jahres 2018 aufgelaufenen Fehlbetrags sowie zwei Drittel der ab 2019 neu entstehenden Fehlbeträge als unvermeidlich anerkannt. Ziffer 2.5.1 Absatz 2 gilt entsprechend.

2.6 Verfahren

2.6.1 Antrag

(1) Fehlbetragszuweisungen können in der Regel erst nach Ablauf des Haushaltsjahres, in dem der Fehlbetrag oder Jahresfehlbetrag entstanden ist, beantragt werden.

(2) Dem Antrag auf Fehlbetragszuweisung sind der Jahresabschluss oder die Jahresrechnung sowie der Haushaltsplan des laufenden Haushaltsjahres beizufügen.

2.6.2 Fristen

(1) Anträge auf Fehlbetragszuweisungen für das abgelaufene Haushaltsjahr von Gemeinden, die der Kommunalaufsicht einer Landrätin oder eines Landrats unterstehen, sind bis zum 1. Mai der Landrätin oder dem Landrat vorzulegen.

(2) Soweit der Fehlbetrag oder Jahresfehlbetrag, der in einem Haushaltsjahr entstanden ist, mindestens 80.000 Euro beträgt, oder eine Fehlbetragszuweisung zur Abdeckung von Fehlbeträgen oder Jahresfehlbeträgen aus Vorjahren, für die die Zuständigkeit des für Inneres zuständigen Ministeriums gegeben war, beantragt wird, sind die Anträge bis zum 15. Mai an das für Inneres zuständige Ministerium weiterzuleiten.

(3) Anträge von den Kreisen und kreisangehörigen Städten, die der Kommunalaufsicht des für Inneres zuständigen Ministeriums unterstehen, sind diesem bis zum 15. Mai vorzulegen.

(4) Die Prüfungsberichte der Gemeindeprüfungsämter sind, soweit nach dem Prüfungsergebnis des Gemeindeprüfungsamtes die Zuständigkeit des für Inneres zuständigen Ministeriums gegeben ist, dem für Inneres zuständigen Ministerium bis zum 1. Oktober zur Entscheidung vorzulegen. Eine Stellungnahme der Kommunalaufsichtsbehörde ist beizufügen.

2.6.3 Mindestbetrag

(1) Anträge von Gemeinden, die der Kommunalaufsicht einer Landrätin oder einer Landrats unterstehen, fallen in die Zuständigkeit des für Inneres zuständige Ministeriums, wenn der nach dem Prüfungsergebnis des Gemeindeprüfungsamtes festgestellte unvermeidliche Fehlbetrag oder Jahresfehlbetrag, der in einem Haushaltsjahr entstanden ist, mindestens 80.000 Euro beträgt.

(2) Wenn der entsprechend festgestellte unvermeidliche Fehlbetrag im Einzelfall den Betrag von 80.000 Euro nicht erreicht, entscheidet der Kreis gemäß § 12 Abs. 4 FAG. Der Kreis informiert das für Inneres zuständige Ministerium über das Prüfungsergebnis.

2.6.4 Auszahlung

Bewilligte Fehlbetragszuweisungen werden ausgezahlt, ohne dass es dazu eines weiteren Antrags bedarf.

2.7 Sonstige Bestimmungen

(1) Bei den Berechnungen zur Ermittlung der Fehlbetragszuweisungen werden vereinnahmte Konsolidierungshilfen wie alle anderen Einnahmen/Erträge behandelt.

(2) Die Prüfung der Anträge schließt die Möglichkeit einer Einsichtnahme in Haushalts- und Rechnungsunterlagen des Antragstellers ein.

3 Sonderbedarfszuweisungen nach § 13 FAG

Sonderbedarfszuweisungen sind dazu bestimmt, der außergewöhnlichen Lage und den besonderen Aufgaben von Gemeinden, Kreisen, Ämtern und Zweckverbänden im Einzelfall Rechnung zu tragen.

3.1 Gegenstand der Förderung

3.1.1 Sonderbedarfszuweisungen dienen vorrangig der Finanzierung solcher Maßnahmen, die zu einer notwendigen Verbesserung oder Erhaltung der kommunalen investiven Grundausstattung beitragen und die auf andere Weise nicht finanziert werden können. Sie können auch für solche Maßnahmen bewilligt werden, die durch Zweckzuweisungen des Landes oder des Bundes gefördert werden, wenn die notwendigen Eigenmittel nicht in voller Höhe bereitgestellt werden können.

3.1.2 (1) Sonderbedarfszuweisungen können gemäß § 13 Abs. 4 FAG unabhängig von Ziffer 3.1.1 auch zur modellhaften Erprobung neuer Formen der Verwaltungsorganisation gewährt werden. Dabei kann der Mindestbetrag nach § 13 Abs. 2 Satz 1 FAG unterschritten werden. Es können folgende Aufwendungen und Auszahlungen/Ausgaben als zuwendungsfähig anerkannt werden:

- Aufwendungen/Ausgaben für die Erstellung von Gutachten

- Aufwendungen/Ausgaben für Beratung oder Projektbegleitung durch externe Fachleute; ausnahmsweise und zeitlich begrenzt auch Aufwendungen/Ausgaben für eigenes Personal

- Auszahlungen/Ausgaben für notwendige Investitionen, die zur Durchführung des Projektes erforderlich sind

(2) In Ausnahmefällen kann bei gemeindeübergreifenden Projekten von den Voraussetzungen nach Ziffer 3.3 abgesehen werden.

(3) Die Ergebnisse der Modelluntersuchungen sind durch Dokumentation zu belegen und spätestens dem Verwendungsnachweis beizufügen.

3.2 Zuwendungsempfängerin/Zuwendungsempfänger

Antragsberechtigt sind schleswig-holsteinische Gemeinden, Kreise, Ämter und Zweckverbände. Sonderbedarfszuweisungen sollen vorrangig kreisangehörigen Gemeinden gewährt werden, die im vergangenen Jahr eine Fehlbetragszuweisung nach § 12 Abs. 3 FAG erhalten haben.

3.3 Zuwendungsvoraussetzungen

3.3.1 Die Antragstellerin oder der Antragsteller muss ihre oder seine eigenen Finanzierungsmöglichkeiten im gebotenen Umfang ausschöpfen.

3.3.2 Bei Gemeinden ist Voraussetzung, dass ab 1. Januar 2019 die Hebesätze für die Grundsteuer A auf mindestens 370 Prozent, für die Grundsteuer B auf mindestens 390 Prozent und für die Gewerbesteuer auf mindestens 370 Prozent festgesetzt worden sind sowie ab 1. Januar 2020 für die Grundsteuer A auf mindestens 380 Prozent, für die Grundsteuer B auf mindestens 425 Prozent und für die Gewerbesteuer auf mindestens 380 Prozent.

3.3.3 Die Möglichkeiten zur Erhebung von Gebühren und Beiträgen sollen voll ausgeschöpft werden.

3.3.4 Andere Fördermöglichkeiten sollen ausgeschöpft werden, um den Eigenanteil möglichst gering zu halten.

3.3.5 Ein weiteres wesentliches Entscheidungskriterium ist die dauernde Leistungsfähigkeit. Auf § 26 Abs. 5 GemHVO-Doppik und auf Ziffer 2.3 des Runderlasses zu §§ 85, 95 g GO vom 23. Januar 2017 wird verwiesen. Dabei ist eine auf den Einzelfall abgestellte Gesamtbetrachtung vorzunehmen.

3.3.6 Bei Anträgen von Ämtern und Zweckverbänden sind die Verhältnisse der angehörigen Gemeinden maßgebend.

3.4 Art, Umfang und Höhe der Zuwendung

3.4.1 Sonderbedarfszuweisungen werden in der Regel im Wege der Festbetragsfinanzierung gewährt.

3.4.2 Der Antrag auf Sonderbedarfszuweisung muss mindestens 80.000 Euro betragen. Die maximale Förderung beträgt je Maßnahme in der Regel 450.000 Euro. Der Höchstsatz kann der Antragslage angepasst werden.

3.4.3 Es wird ein Eigenanteil von mindestens 10 Prozent der Gesamtaufwendungen und -auszahlungen/-ausgaben erwartet. Sofern Gebühren oder Beiträge für die Maßnahme erhoben werden, wird der Eigenanteil von 10 Prozent auf die verbliebene Finanzierungslücke berechnet.

3.5 Verfahren

3.5.1 Antrag, Fristen

(1) Anträge auf Gewährung von Sonderbedarfszuweisungen nach Ziffer 3.1.1 sollen dem für Inneres zuständigen Ministerium bis 31. März mit den auf dem Antrag (Anlage 1) näher beschriebenen Unterlagen vorgelegt werden. Später eingehende Anträge können abhängig von der Antragslage gegebenenfalls nicht mehr berücksichtigt werden.

(2) Soweit es sich dabei um Anträge von Gemeinden, Ämtern und Zweckverbänden handelt, die der Kommunalaufsicht einer Landrätin oder eines Landrats unterstehen, sind die Anträge über die Landrätin oder den Landrat zu leiten und von dort Stellungnahmen beizufügen.

(3) Anträge auf Gewährung von Sonderbedarfszuweisungen nach Ziffer 3.1.2 sind unabhängig von ihrer Höhe stets an das für Inneres zuständige Ministerium zu richten. Absatz 2 gilt entsprechend.

3.5.2 Auszahlung

Sonderbedarfszuweisungen werden auf Antrag (Anlage 2) ausgezahlt, sobald die Zuwendungsempfängerin oder der Zuwendungsempfänger Zahlungen für den geförderten Zweck zu leisten hat. Voraussetzung ist, dass die Auszahlungen/Ausgaben sich auf den eigentlichen Verwendungszweck beziehen und diese zum Zeitpunkt des Abrufs mindestens 10 Prozent der Gesamtauszahlungen/-ausgaben erreicht haben. Die Entstehung von Nebenkosten (z.B. für Bauvorbereitung, Planung usw.) berechtigt noch nicht zur Inanspruchnahme der Sonderbedarfszuweisungen.

3.5.3 Anwendbarkeit der VV-K

Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die gegebenenfalls erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gelten die VV-K zu § 44 LHO i.V.m. den entsprechenden Regelungen des Landesverwaltungsgesetzes (§§ 116, 117, 117 a LVwG), soweit nicht in dieser Förderrichtlinie Abweichungen zugelassen worden sind. Dabei sind für Bewilligungen bis 500.000 Euro die in Nummer 2, 4 und 6 dargestellten Vereinfachungen aus der Anlage 5 zu VV-K Nummer 13 anzuwenden.

3.6 Sonstige Bestimmungen

3.6.1 Sonderbedarfszuweisungen werden nicht auf andere Förderungen angerechnet. Sie dienen der Finanzierung fehlender Eigenmittel.

3.6.2 Bei Antragstellerinnen und Antragstellern, die ihre Haushaltswirtschaft nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung führen, sind die Sonderbedarfszuweisungen für Investitionen als Sonderrücklage zu passivieren und nicht aufzulösen (§ 25 Abs. 2 und § 40 Abs. 5 Gemeindehaushaltsverordnung-Doppik (GemHVO-Doppik)).

Sonderbedarfszuweisungen für Investitionsförderungsmaßnahmen sind entsprechend § 40 Abs. 5 GemHVO-Doppik als Sonderposten zu passivieren und werden aufgelöst.

Sonderbedarfszuweisungen nach Ziffer 3.1.2 sind in der Regel als Ertrag zu veranschlagen.

3.6.3 Die Bewilligung einer Sonderbedarfszuweisung ist grundsätzlich ausgeschlossen, wenn die Kosten einer Maßnahme aus Gebühren und Beiträgen finanziert werden können, mit Ausnahme von Straßenbaubeiträgen, sofern für diese keine gesetzliche Pflicht zur Erhebung besteht.

3.6.4 Bei Unternehmen und Einrichtungen, die der Körperschaftsteuerpflicht unterliegen, können abweichend die entsprechenden steuerrechtlichen Bestimmungen angewendet werden.

3.6.5 Bei der Bewilligung von Sonderbedarfszuweisungen für solche Maßnahmen, die auch von anderen Stellen des Landes finanziert werden, können deren Bewilligungsrichtlinien für die fachtechnische Prüfung und die Prüfung des Verwendungsnachweises zu Grunde gelegt werden.

3.6.6 Sonderbedarfszuweisungen nach § 13 Abs. 3 FAG bleiben von dieser Richtlinie unberührt.

4 Inkrafttreten

Diese Richtlinie tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2019 in Kraft und mit Ablauf von fünf Jahren nach ihrem Inkrafttreten außer Kraft.

Gleichzeitig tritt die Richtlinie zur Gewährung von Fehlbetrags- und Sonderbedarfszuweisungen vom 27. Oktober 2015 (Amtsbl. Schl.-H. S. 1262) *) außer Kraft.

Anlagen (nichtamtliches Verzeichnis)

Anlage 1: Antrag auf Gewährung einer Sonderbedarfszuweisung nach § 13 FAG
Anlage 2: Antrag auf Auszahlung einer Zuweisung

Fußnoten

*) Gl.Nr. 2022.66

© juris GmbH